Nummer 41 — Hannover, 12. Oktober 1912 — 21. Jahrgang

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends.

Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1 ℳ. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlungs- und Zahlstellen-Anzeigen die 5gespaltene Kolonel-Zeile 50 ₰. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Verlag von A. Brey. Druck von E. A. H. Meister & Ko., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: H. Schneider, Hannover. Redaktionsschluß: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaistraße 7, 2. Et. — Fernsprech-Anschluß 3002.

Groß ist die Not und klein die Hilfe!

Der Hunger kommt vom Dorf gegangen.
Einzieht er durch der Städte Tor;
So faltet ihm doch eure Stangen
Und eure Trommelstöcke vor!
Trotz Pulver und Kartätschenschauer
Rasch wie ein Vogel ist sein Lauf,
Und auf der allerhöchsten Mauer
Pflanzt er sein schwarzes Banner auf.

Die schwerhörige preußische Regierung hat endlich bekundet, daß des Volkes Hungerschrei ihr Ohr erreicht hat. Sie hat eine Reihe von Maßnahmen zur Linderung der Fleischnot angekündigt; allerdings sind die Maßnahmen teils völlig zwecklos, teils ungenügend und alle zusammen nicht viel mehr, als der bekannte Tropfen auf den heißen Stein. Aber die Regierung hat doch gezeigt und bestätigt, daß sie eine Fleischnot anerkennt, daß sie sich nicht ganz und gar mit jenen Vorkämpfern aus der Oertelgarde identifiziert, die die Teurung offiziell wegleugnen und insgeheim schüren. Und das ist für eine preußische Regierung schon etwas.

Die Maßnahmen der preußischen Regierung erstrecken sich auf Erlaubnis und Erleichterung der Zufuhr von frischem Rind- und Schweinefleisch aus Rußland, Serbien, Rumänien, Bulgarien und Belgien. Ferner sollen Schlachtrinder aus den Niederlanden und mehr Schweine als früher aus Rußland hereingelassen werden. Außerdem ist eine Ermäßigung der Fracht- und teilweise Erstattung der Zollsätze für Fleisch und Futtermittel vorgesehen. Die Einfuhr von frischem Fleisch wird jedoch nur für große Städte und nur vorübergehend gestattet. Schon diese Skizzierung der Regierungsmaßnahmen zeigt, daß von einer wirklich durchgreifenden Hilfe keine Rede sein kann. Vor allem wird die Einfuhr des argentinischen Gefrierfleisches nicht erleichtert und die Grenzen werden nicht allgemein, nicht bedingungslos und nicht dauernd geöffnet. Es ist also gar nicht damit zu rechnen, daß die Durchführung der angekündigten Maßnahmen die Preishöhe des Fleisches wesentlich beeinflussen wird. Dazu muß anders durchgegriffen werden. Deshalb wird sich die Arbeiterschaft auch mit den Regierungshalbheiten nicht begnügen, sondern auf ein entschiedeneres Vorgehen drängen.

Der Reichskanzler hat es allerdings abgelehnt, den Reichstag einzuberufen. Er hat der sozialdemokratischen Fraktion, die in einer Eingabe die Einberufung gefordert hatte, mitgeteilt, das sei nicht nötig. Warum auch; es handelt sich ja nur um den Hunger des Volkes. Und wegen derlei Kleinigkeiten kann man doch dem preußischen Kanzler nicht die Badereise stören oder den preußischen Junkern das Jagdvergnügen rauben! Da genügt es, wenn die Regierung ein paar Schattenbilder zeichnet. Bezeichnend ist aber, daß die Agrarier schon Ach und Weh schreien, weil die Regierung durch ihre Maßnahmen die Tatsache einer Fleischteurung zugesteht. Die „Deutsche Tageszeitung", die immer nur von einem „Fleischnotrummel" schreibt, ist außer sich, und alle geistesverwandten Blätter fallen aus Solidarität mit in Ohnmacht. Wie konnte die Regierung es auch wagen, ihre agrarischen Lieblinge so zu kränken!

Nicht minder eifrig, aber dümmer als die eigentlichen Junkerorgane operieren jene Preßorgane, die ihre junkerfreundliche Politik aus irgendwelchen Gründen etwas drapieren müssen. So hat der „Reichsbote", ein Blatt für fromme Pastoren und ähnliche Leute, die famose Entdeckung gemacht, daß die Beiträge der Arbeiter an ihre Gewerkschaften und an die Partei die eigentliche Ursache der Teurung sind. Denn diese Beiträge „drücken automatisch auf die Lohnhöhe" und steigern damit die Preise. Die Argumentation ist zwar so entsetzlich dumm, daß der „Reichsbote" außerhalb seines Leserkreises nicht viel Gläubige finden dürfte, aber sie ist nicht so dumm, daß sie — nicht noch überboten werden könnte. Der „Staatsbürgerzeitung", dem Blatt, das die Juden und die Arbeiter in gleichem Maße mit seinem Hasse verfolgt, gebührt der zweifelhafte Ruhm, die Klugheit des „Reichsboten" noch übertrumpft zu haben. Das Antisemitenblatt hat nämlich die epochale Entdeckung gemacht, daß die Teurung eigentlich eine — revolutionäre Vorübung ist. Wörtlich schreibt das Blatt: „Die geheimen Oberen der Sozialdemokratie, die mit allen Großhändlerringen der Welt nicht nur verfippt, sondern auch durch direkte Familienbande verknüpft sind, beginnen sich eben zu fühlen und erachten den Zeitpunkt für den schon nur zu lange von ihnen geplanten Umsturz für gekommen. . . . So durchschauen wir denn die ganze demagogisch-sozialistische Mache und sehen, daß die Fleisch- und Lebensmittelverteurer in denselben Kreisen zu suchen sind, in denen man so geschwollen gegen die Teurung wütet." Diese scharfsinnige Epistel beschließt das fromme Christenblatt mit der Versicherung, daß „es wahrscheinlich erst zu einem furchtbaren Blutbade unter Aufgestachelten, Verblendeten und Unschuldigen kommen müsse, ehe die eigentlichen Volksverräter und Volksverderber am Galgen hängen". Die Gefühlsroheit dieses „Christentums" wird nur noch übertroffen von der Dummheit, mit der sie ausgestellt wird.

Während so die Teurung von der einen Seite frech bestritten oder unsagbar dumm begründet wird, leiden auf der andern die Arbeiter von Tag zu Tage mehr unter den geradezu unerschwinglichen Preisen. Es ist wirklich nicht mehr eine Fleischteurung, sondern eine Fleischnot vorhanden. Und diese Fleischnot gefährdet die Ernährung weitester Volkskreise in geradezu bedenklicher Weise. Wir haben schon vor einigen Wochen an Beispielen gezeigt, daß und wie sich Arbeiter um minderwertiges Fleisch reißen. Aus den letzten Wochen werden zahlreiche weitere Vorkommnisse dieser Art gemeldet. So wird aus der Provinz Hannover berichtet, daß ein großer Grundbesitzer seine an der Lungenseuche erkrankten Schafe kurz vor dem Verenden mit 10 Mk. pro Stück verkauft und dafür reißenden Absatz findet. In Dresden hat der Tierschutzverein eine Prämie ausgesetzt für die Ermittlung von Hundedieben und dabei mitgeteilt, daß namentlich solche Hunde jetzt zahlreich gestohlen würden, die sich zu Schlachtzwecken eigneten.

In Märzdorf in Schlesien stürzte einem Spediteur auf der Straße sein Roß zusammen und verendete. Das Tier wurde auf ein Wiesengrundstück gebracht, abgeledert und sollte dort verscharrt werden. Die Leute des Spediteurs kamen aber gar nicht dazu, weil Dutzende von Arbeitern über den Kadaver herfielen und alles, was Fleisch war, von den Knochen entfernten. Ehe die Behörde einschreiten konnte, war das abgetriebene Roß aufgeteilt. Ergänzt werden mag dieses Bild durch einen Brief, den ein Arbeiter dem in Bonn erscheinenden Zentrumsblatt, der „Reichszeitung" schreibt und der eine flammende Anklage gegen die Lebensmittelwucherei darstellt. Der Arbeiter schreibt:

Ich bin Tagelöhner, habe eine Frau und fürf Kinder. Das ganze Jahr gehen wir in kein Wirtshaus und machen nichts mit. **Wir leben meistens von Schwarzbrot mit etwas Kraut (Rübengelee) oder Klatschkäse geschmiert, auch Kartoffeln und dünner Kaffee.** Bei einer solchen Kost ohne Fett und Fleisch, was ja heutzutage alles zu teuer ist, können die Kinder nicht stark werden, und wir selbst fühlen uns auch schwach. Kürzlich sagte mir jemand, daß vielleicht **Hundekuchen**, unter Kartoffeln oder Gemüse gemacht, eine kräftige Nahrung gebe. Hundekuchen würde aus Fleischabfällen bereitet, und etwas Schädliches könnte nicht darin sein, da die Hunde bei dieser Nahrung kräftig und gesund blieben. Ich würde Ihnen sehr dankbar sein, wenn Sie mir durch den Briefkasten mitteilten, ob Hundekuchen für die Menschen schädlich ist. Ich möchte gern einmal einen Versuch damit machen.

Pferdekadaver und Hundekuchen als menschliche Nahrung! Und wer weiß, was nicht noch alles gegessen wird, ohne daß die Oeffentlichkeit etwas davon erfährt. Daß diese mangelhafte und unzweckmäßige Ernährung auf den menschlichen Organismus verwüstend wirkt, bedarf kaum eines Beweises. Trotzdem sei hier darauf verwiesen, daß diese verwüstende Wirkung in allerletzter Zeit von einer Seite nachgewiesen wurde, die nicht im Verdacht steht, die Wirkungen der Teurung zu übertreiben. Ein Kreisarzt Thomalla veröffentlichte neulich im „Altenaer Kreisblatt" einen Bericht über die im Monat September 1911 und 1912 vorgenommenen Untersuchungen aller Schulkinder der Altenaer Volksschulen. Dabei teilt er die geradezu erschreckende Tatsache mit, daß die Zahl der skrophulösen Schulkinder, die im September des Vorjahres zwischen 20 bis 40 Prozent schwankte, in diesem Jahre 50 bis 85 Prozent betrug. Ueber die Gründe dieser traurigen Erscheinung sagt Dr. Thomalla:

Hauptsächlich ist jedoch die **mangelhafte und unzweckmäßige Ernährung** hierfür verantwortlich zu machen und somit indirekt die **jetzige Teurung aller Lebensmittel**, besonders des **Fleisches**. Soweit man es von der größten Anzahl der Schulkinder erfahren kann, ist **Reibekuchen, Kartoffeln und Kaffee ihre Hauptnahrung.** Erschreckend geradezu ist es, zu erfahren, wie wenig Fleisch gegessen wird. In den meisten Familien kommt **nur Sonntags Fleisch auf den Tisch**, in wenigen noch hie und da an Wochentagen, und nur vereinzelt wurde angegeben, daß täglich Fleisch gegessen wird.

Diese vernichtende Wirkung der Teurung ist nun, wie gesagt, für denkende Menschen kein Geheimnis, aber es ist doch gut, daß hier ein amtlicher Sachverständiger die Wirkungen unsrer Teurungspolitik offen darlegt. Das wird natürlich unsre Junker und ihre Handlanger nicht hindern, an der „bewährten Wirtschaftspolitik", die den Agrariern hohe Profite und dem Volke hohe Lebensmittelpreise bringt, festzuhalten. Die Arbeiterschaft aber muß dieser Wirtschaftspolitik schärfsten Kampf ansagen. Sie kann das, indem sie politisch diejenige Partei unterstützt, die grundsätzlich und entschieden gegen die systematische Teurungspolitik ankämpft. Sie kann aber auch die Wirkungen der Teurung abschwächen dadurch, daß sie durch festen Zusammenschluß in den Gewerkschaften der Mehrausgabe durch eine Mehreinnahme, d. h. durch Erringung eines höheren Lohnes zu begegnen sucht. Und sie kann schließlich durch die Organisation des Konsums in den Genossenschaften den Preis um den Zwischenhändlergewinn herabdrücken.

Die allseitige, straffe Organisation der Arbeiterschaft ist also jetzt besonders notwendig. Sie ist auch jetzt leichter als sonst zu fördern. Es muß doch auch dem denkträgsten Arbeiter einleuchten, daß die gegenwärtigen Zustände unerträglich sind und daß sie nur geändert werden können, wenn die Arbeiterschaft mit aller Energie auf Aenderung drängt. Also an die Arbeit für die Organisation! Nicht trotz, sondern gerade wegen der Teurung muß diese Arbeit Erfolg haben.

Die Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen im Jahre 1911.

Die Nachwirkungen der Verteurung der Nahrungsmittel und notwendigsten Gebrauchsartikel durch die Steuergesetzgebung von 1909 machten sich im letzten Jahre in vollem Maße geltend. Nur zu natürlich ist es daher, daß die Arbeiterschaft bemüht war, durch Lohnforderungen einen Ausgleich herbeizuführen, um sich wenigstens die bisherige Lebenshaltung zu sichern.

Im Jahre 1911 wurden insgesamt 9670 Bewegungen geführt, an denen 1 011 669 Personen beteiligt waren. Davon endeten 6756 = 69,9 Proz. mit 686 416 Beteiligten ohne Arbeitseinstellung, während es in 2914 Fällen = 30,1 Proz. mit 325 253 Beteiligten zum Streik oder zur Aussperrung kam. Gegenüber dem Vorjahre, in welchem 9690 Bewegungen mit 1 025 542 Beteiligten stattfanden, sind die wirtschaftlichen Bewegungen im Jahre 1911 an Zahl und Umfang etwas geringer. Hierbei ist jedoch zu beachten, daß 1910 sich der umfangreiche Kampf im Baugewerbe vollzog. Es zählte das Baugewerbe in diesem Jahre allein 1387 Kämpfe mit 131 100 Beteiligten — darunter 851 Aussperrungen —, während dasselbe 1911 nur mit 845 Kämpfen und 32 625 daran beteiligten Personen verzeichnet ist. Die Gesamtausgabe für die wirtschaftlichen Bewegungen stellt sich auf 16 272 313 Mark, wovon auf Streiks und Aussperrungen 16 062 906 Mk. und auf die Aussperrungen allein 5 821 641 Mk. entfallen.

Von den gesamten Bewegungen waren 7046 = 72,9 Proz. mit 585 575 Beteiligten = 57,9 Proz. erfolgreich und 1701 = 17,6 Proz. mit 294 293 Beteiligten = 29,1 Proz. teilweise erfolgreich. Dieses Ergebnis ist dem des Vorjahres ungefähr gleich. Es endeten 1910 91,2 Proz. der Bewegungen erfolgreich und teilweise erfolgreich, und 91,3 Proz. der Beteiligten hatten vollen und teilweisen Erfolg. Von den Bewegungen ohne Arbeitseinstellung wurden 6436 und von den Streiks und Aussperrungen 2201 durch Vergleichsverhandlungen mit den Unternehmern zum Abschluß gebracht. In 182 Fällen wurden diese Verhandlungen vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts oder dem Vorsitzenden desselben geführt. Der Verlust an Arbeitszeit durch die Streiks und Aussperrungen beläuft sich auf 6 864 240 Tage, davon entfallen auf die Aussperrungen allein 2 505 178 Tage. Von allen an den Kämpfen beteiligt gewesenen Personen waren 259 042 in den Streiklisten eingetragen und von diesen gehörten 244 885 Personen der Organisation an, davon 179 246 beim Beginn des Kampfes bereits 6 Monate und darüber.

Von den 6756 Bewegungen ohne Arbeitseinstellung, die 1911 stattfanden, wurden 5868 mit 662 425 Beteiligten unternommen, um eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen herbeizuführen, und 888 mit 23 991 Beteiligten dienten der Abwehr von Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen. Vollen Erfolg hatten von den Angriffsbewegungen 1514 = 76,4 Proz. und von den Beteiligten 445 841 = 67,3 Proz. Abwehrbewegungen waren 706 = 79,5 Proz. erfolgreich. 21 121 Beteiligte erreichten vollständige Bewilligung ihrer Forderungen.

Den größten Teil der wirtschaftlichen Kämpfe des Jahres 1911 bilden die Angriffstreiks. Ihre Zahl beträgt 1705 = 58,5 Proz. aller Kämpfe und waren daran 169 657 Personen beteiligt. Gegen das Vorjahr hat eine beträchtliche Vermehrung der Angriffstreiks stattgefunden; es wurden in demselben geführt 1385 Streiks mit 110 613 Beteiligten. An Zahl der Fälle und der Beteiligten wird das Jahr 1911 nur noch von dem Jahre 1906 übertroffen. 1905 war allerdings die Zahl der Beteiligten noch höher, doch kommt in diesem Jahre der große Bergarbeiterausstand in Betracht, der allein 226 888 Beteiligte zählte. Es erklärt sich ohne weiteres, daß als Ursache der Angriffstreiks die Forderung auf Lohnerhöhung sich an erster Stelle findet. In 840 Fällen mit 78 129 Beteiligten wurde um die Durchsetzung einer solchen gestreikt. Demgegenüber bleibt die Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit weit zurück, welche in 50 Fällen mit 7840 Beteiligten zum Streik führte. Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung wurde in 644 Fällen, woran 71 555 Personen beteiligt waren, zu erreichen versucht. 1096 Angriffstreiks = 64,3 Proz. hatten einen vollen und 283 einen teilweisen Erfolg; an diesen Streiks waren 117 711 Personen beteiligt.

Auch die Zahl der Abwehrstreiks ist gegen das Vorjahr erheblich gestiegen. Während 1910 839 solcher Streiks stattfanden, die 31500 Personen in Mitleidenschaft zogen, wurde im Jahre 1911 in 1002 Fällen mit 42 239 Beteiligten zu dem Mittel des Streiks gegriffen, um eine Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen abzuwehren. In 373 Fällen wurde gegen Lohnreduzierung, in 34 Fällen gegen Arbeitszeitverlängerung und in 285 gegen Maßregelung von Personen gekämpft. Bezeichnend für das verstärkte Geschrei der Unternehmer nach vermehrtem gesetzlichen Schutz gegen den „Terrorismus der Arbeiter" ist, daß in 27 Fällen sich die Arbeiter durch einen Streik gegen den Raub des gesetzlich gewährleisteten Koalitionsrechtes seitens der Unternehmer wehren mußten. In 670 Fällen = 66,9 Proz. gelang es für 23 508 Personen = 55,7 Proz. durch Arbeitseinstellung die beabsichtigten Verschlechterungen erfolgreich abzuwehren. In 97 Fällen war dieses nur teilweise möglich und 207 Streiks blieben erfolglos.

Die Aussperrungen bilden der Zahl nach den geringeren Teil der wirtschaftlichen Kämpfe; sie fallen aber dabei erheblicher ins Gewicht durch die Massen der davon betroffenen Arbeiter. Will man davon reden, daß durch die wirtschaftlichen Kämpfe das Nationalvermögen geschädigt wird, so fällt ein großer Teil dieser Schädigung den Unternehmern zur Last. Im Jahre 1911 wurden 207 Aussperrungen vollzogen, von denen 113 357 Personen, also reichlich ein Drittel aller an den Kämpfen beteiligt Gewesenen, betroffen wurden. Auch bei den Aussperrungen finden wir 14 Fälle, in denen die Unternehmer den Austritt aus der Organisation zu erzwingen suchten. Von den Aussperrungen schlossen 60 = 29 Proz. mit vollem und 47 = 22,7 Proz. mit teilweisem Erfolg für die Arbeiter, und für 82,1 Proz. der Beteiligten ist voller oder teilweiser Erfolg erzielt worden. 1910 fanden Aussperrungen in weit erheblicherem Umfange statt, doch ist dieses, wie schon erwähnt wurde, auf den Kampf im Baugewerbe zurückzuführen. Seit dem Jahre 1900 wurden von den Unternehmern 2968 Aussperrungen verhängt, die 884 512 Arbeiter in Mitleidenschaft zogen. Der durch diese Aussperrungen erlittene Verlust an Arbeitszeit beläuft sich auf 19 351 996 Tage.

Das Bestreben der Arbeiterschaft, durch Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen eine höhere Lebenslage und damit zugleich auch einen größeren Anteil an den geistigen Lebensbedürfnissen zu gewinnen, ist die Ursache der wirtschaftlichen Kämpfe. Es ist deshalb wichtig, zu wissen, welche Erfolge das tatvolle Ringen der Arbeiterklasse mit dem Unternehmertum gezeitigt hat. Durch die gesamten Bewegungen haben 1911 erreicht: 293316 Personen eine Arbeitszeitverkürzung von zusammen 760594 Stunden pro Woche und 592066 Personen eine Lohnerhöhung von insgesamt 1058594 Mk. pro Woche; außerdem wurden noch für 393 618 Personen sonstige Verbesserungen der Arbeitsbedingungen erzielt. Abgewehrt wurde: Für 4350 Personen eine Arbeitszeitverlängerung von 19 127 Stunden, eine Lohnkürzung für 15 648 Personen von insgesamt 26 344 Mk. pro Woche und sonstige Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen für 37 941 Personen. Der größte Anteil der Errungenschaften entfällt auf die Bewegungen ohne Arbeitseinstellung. Es wurde bei diesen erreicht: Für 207 583 Personen = 70,8 Proz. eine Arbeitszeitverkürzung von 534 984 Stunden und für 469 009 Personen = 79,2 Proz. eine Lohnerhöhung von 799 063 Mk. pro Woche. Dagegen haben bei den Arbeitskämpfen erreicht: 85 733 Personen = 29,2 Proz. eine Arbeitszeitverkürzung von 225 610 Stunden und 123 057 Personen = 20,8 Proz. eine Lohnerhöhung von 239 531 Mk. pro Woche.

Die Feststellungen über die Resultate der Bewegungen erfolgen seit dem Jahre 1905. Soweit dabei die Erfolge bezüglich der Arbeitszeit und Lohnerhöhung in Frage kommen, gewähren die sieben Berichtsjahre folgendes Bild:

Es erreichten:

	Arbeitszeitverkürzung:		Lohnerhöhung:	
	Pers. zus.	Std. pro Woche	Pers. zus.	Mk. pro Woche
1905	183 658	686 137	412 331	857 524
1906	337 441	1 238 725	684 157	1 271 208
1907	245 695	900 7[illegible]9	497 [illegible]63	955 871
1908	59 324	183 751	236 641	366 923
1909	66 794	215 813	243 400	429 744
1910	344 570	756 564	827 627	1 815 537
1911	293 316	760 5[illegible]4	592 066	1 058 594

Eine Summierung dieser Ziffern würde deren Eindruck wesentlich erhöhen, aber kein richtiges Bild geben. Es wird sich vielfach um dieselben Personen handeln, die in den einzelnen Jahren Lohnerhöhungen oder Arbeitszeitverkürzung erreichten. Schon für die einzelnen Jahre sind Doppelzählungen vorhanden, weil diejenigen, die gleichzeitig Arbeitszeitverkürzung und Lohnerhöhung erlangten, an beiden Stellen gezählt sind. Deswegen müssen wir uns damit begnügen, anzugeben, was in den einzelnen Jahren von den Arbeitern errungen oder von ihnen an Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen abgewehrt worden ist. Auch so dürfte die Arbeiterschaft erkennen, daß ihre Kämpfe nicht vergeblich waren und ihr Aufstieg ohne die im Interesse der Junker fortgesetzt erfolgende künstliche Verteurung der Lebenshaltung durch ihre gewerkschaftlichen Organisationen gesichert wäre.

Die im Jahre 1911 abgeschlossenen Tarifverträge als Folge der Lohnbewegungen. Streiks und Aussperrungen sind nicht so zahlreich als im Jahre 1910. Im Jahre 1909 wurden 1913 Tarifverträge für 159 628 Personen, 1910 4398 Verträge für 607 023 Personen und 1911 3499 Verträge für 304 481 Personen abgeschlossen. Im Jahre 1910 war wiederum die Aussperrung der Bauarbeiter von Einfluß. Es wurden in diesem Jahre für das Baugewerbe 2142 Verträge für 372 384 Personen vereinbart, während 1911 im Baugewerbe nur 831 Verträge für 52 480 Personen zum Abschluß kamen.

Die Zahl der Fälle, in denen es zum Tarifabschluß kam, ist nicht gleichbedeutend mit der Zahl der abgeschlossenen Verträge. Da oftmals an Bewegungen, die zum Tarifabschluß führen, mehrere Organisationen beteiligt sind, so konnten Doppelzählungen der Tarife nicht vermieden werden. Es können solche auch für eine Organisation eintreten, wenn die gleiche Bewegung zum Teil mit und zum Teil ohne Arbeitseinstellung verläuft und es in beiden Fällen zum Tarifabschluß kommt.

Die „Soziale Woche".

In der Woche vom 5. bis 12. September tagten in Zürich einige Kongresse, die sich mit sozialpolitischen Fragen beschäftigten. Der Reihe nach folgten sich: der Kongreß der internationalen Vereinigung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, der internationale Heimarbeiterschutzkongreß, die Delegiertenversammlung der internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz und der Kongreß für Sozialversicherung. Nun unterliegt es zwar für uns keinem Zweifel, daß die guten Menschen, die auf diesen Kongressen soziale Musik machen, mehr vor als hinter sich haben. Die Arbeiterschaft wird wirksame Hilfe und ausreichenden Schutz nur erreichen, wenn sie entschlossen darum kämpft. Trotzdem sind diese Kongresse beachtens- und begrüßenswert. Sie können der Arbeiterschaft wichtige Fingerzeige geben und sie haben der internationalen Erweiterung des Arbeiterschutzes und der Arbeiterversicherung erfolgreich vorgearbeitet. Allerdings ist die Art, wie auf den Kongressen wichtige Fragen der Sozialpolitik behandelt und erledigt werden, wenig vorbildlich, aber es ist ja eine allgemein bekannte Tatsache, daß internationale Kongresse weniger dazu dienen, praktische Arbeit zu leisten als geleistete Arbeit zu prüfen.

Die Tagung der Vereinigung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit beschloß die Aufnahme einer internationalen Statistik über die Arbeitsvermittlung und die Arbeitslosigkeit. In einer Aussprache über die Mittel zur Verminderung der Arbeitslosigkeit durch bessere Methoden bei der Vergebung öffentlicher Arbeiten wurden Vorschläge gemacht, die eine bessere Verteilung aller öffentlichen Arbeiten bezwecken, so daß die Zeiten der Krisen und die gewöhnlich am schwersten betroffenen Arbeitslosigkeitsgebiete berücksichtigt werden.

Hinsichtlich der Arbeitslosenversicherung sollen alle Landessektionen über die auf diesem Gebiete gemachten Fortschritte berichten und das früher gesammelte Material vervollständigen, wobei besonders kritische Würdigungen der verschiedenen Systeme und eine Stellungnahme zu dem in England jetzt durchgeführten Plan einer obligatorischen Versicherung erwünscht seien.

Der zweite der internationalen Kongresse war der Bekämpfung der Heimarbeit gewidmet. An diesem Kongreß nahmen als Vertreter der deutschen Gewerkschaften zwei Mitglieder der Generalkommission und je ein Vertreter der Verbände der Buchbinder, Holzarbeiter und Schneider teil.

Dem Kongreß war ein reiches Material an Berichten, Gutachten und Vorschlägen aus den angeschlossenen Staaten unterbreitet. Auch die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands hatte sich an dieser Berichterstattung beteiligt durch Ausarbeitung zweier Denkschriften, von denen die eine die gesetzliche Bekämpfung und Regelung der Heimarbeit in Deutschland behandelte, während die andere der gewerkschaftlichen Bekämpfung und Regelung der Heimarbeit in Deutschland gewidmet war.

Zur Beratung standen vier Hauptfragen: die Gesetzgebung, die [illegible] der Gewerkschaftsorganisation und die Konsumentenaktion. Diese Fragen wurden an einzelne Sektionen verwiesen, die für die Plenarberatung geeignete Leitsätze auszuarbeiten hatten. Diese Leitsätze erklären in der vom Kongreß angenommenen Form einleitend, daß die wirtschaftliche, soziale und hygienische [illegible] der Heimarbeit ein vereintes und gleichmäßiges Zusammenwirken der gesetzgeberischen und der gewerkschaftlichen Aktion erfordert, daß ferner die befriedigende Durchführung der gesetzlichen Maßnahmen ohne eine ausreichende gewerkschaftliche Organisation sehr schwierig ist, daß also vom internationalen Standpunkt aus das beste Mittel zur Verbesserung der Lage der Heimarbeiter und Heimarbeiterinnen eine starke Berufsorganisation ist. Weiter heißt es in den Leitsätzen:

In der Erwägung, daß im gegenwärtigen Augenblick noch nicht in allen Ländern und in allen Berufen dies in ausreichendem Maße verwirklicht ist, spricht der Kongreß die Ansicht aus:

a) daß eine systematische Propaganda zu entfalten sei, um die Heimarbeiter von der Nützlichkeit der gewerkschaftlichen Organisation zu überzeugen und in ihnen die Solidarität zu wecken;

b) daß das Eingreifen der Gesetzgebung für die Regelung der Heimarbeit überall notwendig ist, um den bestehenden Mißbräuchen abzuhelfen.

Der Kongreß wünscht, daß die Gesetzgebung so beschaffen sei:

a. daß sie alle Hindernisse gegen die gewerkschaftliche Organisation beseitige;

b. daß sie die Mitarbeit der Gewerkschaften für die Bildung von Lohnämtern fördert;

c. daß sie den von den Gewerkschaften abgeschlossenen Tarifverträgen für die Heimarbeiter rechtsverbindliche Kraft gewähre und ihre Wirkung unter gewissen Voraussetzungen auf alle Heimarbeiter des fraglichen Berufs und Bezirks ausgedehnt werde.

Den Gewerkschaften wird dringend empfohlen, mit den [illegible] zu kommenden Vereinbarungen zur Sanierung der Heimarbeit abzuschließen."

Neben diesen Leitsätzen faßte der Kongreß noch eingehende Entschließungen über den Gesundheitsschutz der Heimarbeiter, den Konsumentenschutz und die Kontrolle der Schutzgesetze. Danach soll alle Heimarbeit, bei der schwere Berufskrankheiten vorkommen können, untersagt werden. Ebenso die Erzeugung und Bearbeitung von Lebensmitteln und Tabak. Für die Kontrolle der Heimarbeit wird ein amtlicher Spezialaufsichtsdienst gefordert, der namentlich durch Ärzte, Arbeiter, Arbeiterinnen usw. zu [illegible] ist. Dieses Aufsichtsamt hat die Gewerkschaften und insbesondere Lehrer, Ärzte usw. zur Erleichterung der Kontrolle und zur Durchführung der Schutzmaßnahmen heranzuziehen.

Außer diesen speziellen Maßnahmen soll die Verbesserung der Lage der Heimarbeiter dadurch erstrebt werden, daß alle Bewegungen unterstützt werden, die auf eine Verbesserung der sanitären Verhältnisse der Bevölkerung hinsichtlich Wohnung, rationeller Ernährung, Bekämpfung der Volksseuchen wie Alkoholismus, Tuberkulose, Unwissenheit usw. hinzielen. Die hygienischen Kenntnisse sind in allen Schulen, namentlich in den Gewerbeschulen zu verbreiten.

Der Kongreß für Sozialversicherung behandelte die Ausdehnung des Versicherungszwanges auf [illegible] der obligatorischen Altersversicherung durch eine freiwillige Kapitalversicherung (Volksversicherung); Belastung durch die Sozialversicherung und internationale Unfallstatistik.

Der Referent über die Ausdehnung des Versicherungszwangs, Prof. Dr. Piloty (Würzburg), konstatierte unter anderm, daß in Sachsen nur ein Viertel der Selbständigen mehr als 2500 Mk. verdient und demnach 75 Prozent derselben versicherungsbedürftig sind, wenn man das genannte Einkommen als Versicherungsgrenze annehmen will. Der Referent empfahl die freiwillige Versicherung, da sich die Selbständigen durch den Versicherungszwang gekränkt fühlen würden. In der Diskussion wurde diese Ansicht korrigiert durch den Hinweis auf die Forderung der Zwangsversicherung seitens der deutschen Handwerkerorganisationen. Beschlossen wurde, über die Frage der Versicherungsart, ob staatlich oder privat oder genossenschaftlich fakultativ oder obligatorisch, eine Enquete vorzunehmen, eine beliebte Form der vorläufigen Erledigung schwieriger Probleme auf derartigen Kongressen.

Die Belastung durch die Sozialversicherung behandelte Dr. Freund (Berlin). Dr. Freund will als eine gute Folge der deutschen Sozialversicherung die Milderung der sozialen Kämpfe erkennen. Das ist eine mindestens recht einseitige Ansicht, die durch das fanatische Zuchthausgeschrei und die ewigen Scharfmachereien der Unternehmer und ihrer Söldlinge ganz und gar nicht gerechtfertigt wird. Beachtenswert ist die, freilich nicht mehr neue, Feststellung des Referenten, daß in Deutschland Gewerbe, Industrie, Handel usw. unter der Herrschaft der Sozialversicherung gehoben und gefördert worden sind. Auch diese Frage wurde schließlich durch eine Resolution erledigt, die eine Statistik fordert.

Die Delegiertenversammlung der internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz war von nicht weniger als 45 Regierungen durch Delegierte beschickt, so daß sie geradezu ein offizieller Kongreß von Ministern, bezw. Regierungsvertretern war. In seinem Eröffnungswort machte der Präsident die Mitteilung, daß in wenigen Monaten eine internationale Ministerialkonferenz zusammentreten werde, um zwei durch die internationale Vereinigung vorberatene Fragen zum endgültigen Abschluß zu bringen (Verbot der Nachtarbeit der Jugendlichen und die internationale Festsetzung der zehnstündigen Arbeitszeit für Frauen und Jugendliche), die vom Bundesrat auf das Frühjahr 1913 einberufen worden ist.

Die Forderungen des Kongresses wurden in einer Reihe von Resolutionen niedergelegt, die u. a. folgendes verlangen: In ununterbrochenen Betrieben soll die achtstündige Schicht eingeführt werden, nachdem sie sich in der Praxis ebenso notwendig als durchführbar erwiesen hat. Die Landessektionen der internationalen Vereinigung werden beauftragt, die Studien über die Einführung der Achtstundenschicht speziell in den Berufen zu fördern, wo die zehnstündige Arbeitsbereitschaft überschritten wird und auch dort, wo mehr als sechs Schichten pro Woche gearbeitet werden müssen, sowie in denjenigen Industrien, für welche die Verhältnisse für das Dreischichtensystem reif zu sein scheinen (Papier-, Zellulose- und chemische Industrie).

Eine Spezialkommission soll sich mit statistischen Feststellungen über Arbeitszeit, Unfall- und Erkrankungshäufigkeit sowie die Sterblichkeit in den als gefährlich erkannten Berufen befassen und ferner die Vorschläge ausarbeiten über Beschäftigungsverbot von Kindern, Jugendlichen und Frauen in diesen Berufen.

Der freie Sonnabendnachmittag soll für Frauen und jugendliche Arbeiter ebenfalls international festgesetzt werden. Ein Antrag, diese Festsetzung für alle Arbeiter anzustreben, was eigentlich als selbstverständlich erscheinen sollte, wurde mit 39 gegen 31 Stimmen abgelehnt. Die gleiche Kommission soll auch versuchen, eine internationale Ferienstatistik zu schaffen.

In der Frage der Behandlung der ausländischen Arbeiter in der sozialen Versicherung soll volle Freizügigkeit und Gleichstellung aller Versicherten durch Staatsverträge angestrebt werden.

Weiter wurden der gesetzliche Kinderschutz und das Verbot des Trucksystems befürwortet. Das letztere soll die Vorschrift für die unentgeltliche Lieferung der Arbeitsmaterialien durch die Unternehmer an die Arbeiter enthalten. Auch Bußen und Lohnabzüge sollen verboten werden.

Die Untersuchungen in der Bleifrage werden fortgesetzt und namentlich sollen Erhebungen über die Verwendung von Bleifarben in Konstruktionswerkstätten und ähnlichen Betrieben vorgenommen werden.

Die Liste der gewerblichen Gifte soll nach Möglichkeit in alle Sprachen übersetzt werden. Der ständige hygienische Beirat soll diese Liste alle vier Jahre revidieren.

Soviel über die Arbeiten der „internationalen sozialen Woche". Es muß anerkannt werden, daß in den bürgerlichen Sozialpolitikern, die sich auf diesen Kongressen zusammenfinden, sehr viel Einsicht und soziales Wollen steckt. Nur schade, daß der Arbeiterschaft mit gutem Willen so wenig geholfen ist.

Terrorismus.

Zu diesem zeitgemäßen Thema wird uns aus Harburg geschrieben: Die Pflichtleser der „Arbeitgeberzeitung" haben wirklich keine leichte Aufgabe, wenn sie Woche für Woche das Gezeire über den sozialdemokratischen Terrorismus lesen müssen. Die geringste Kleinigkeit wird aufgebauscht, stark übertrieben, mancher Fall sogar aus den Fingern gesogen. Wir wollen die „Arbeitgeberzeitung" nun aber auf einige Betriebe aufmerksam machen, wo wirklich Terrorismus geübt wird. Vielleicht legt sie diese Mitteilungen zu dem Material, auf Grund dessen man Ausnahmegesetze gegen die Arbeiterschaft verlangt. Vielleicht aber wird man auch wieder über den Terrorismus der — Arbeiter jammern.

Der Dr. Forre von der Firma Noblee u. Thörl in Harburg sagte vor einiger Zeit vor Gericht, sein Betrieb sei der einzige Betrieb in Harburg, der keine organisierten Arbeiter dulde. — Offen wird hier der Druck zugegeben. — Zwei Arbeiter der Firma besuchten eine Branchenversammlung der Ölindustrie. Einer davon schilderte die Verhältnisse im Betriebe. Durch einen Vorarbeiter wurden die beiden verraten und am andern Tage konnten sie sich den Betrieb von draußen ansehen. „Sie wissen doch, daß wir keine organisierten Arbeiter im Betriebe dulden!" sagte der Meister wie zur Entschuldigung.

Auf der Ölfabrik Teutonia werden nur Mitglieder der gelben Verbrüderung eingestellt; ja der Portier geht noch weiter und verlangt, daß die Einzustellenden auch einer frommen Sekte angehören müssen.

Bei der Galalith-Gesellschaft werden Mitglieder des Fabrikarbeiterverbandes nicht eingestellt. Zur Einstellung gelangen nur Unorganisierte, die sofort dem gelben Werkverein beitreten müssen oder gelbe Verbrüderungsmitglieder. Wie diese gelbe Verbrüderung arbeitet, davon einige Beispiele. Die Arbeitsuchenden bekommen einen Brief mit an den Arbeitgeber mit einer Karte folgenden Inhalts:

Der Arbeiter ...... ist von uns zur Annahme der Arbeit geschickt. Sollte derselbe nicht angenommen werden, bitte ich um telephonische Nachricht.

Hochachtungsvoll
Deutsches Arbeiter-Sekretariat
Hodemeyer

In solchen Fällen braucht man also den Arbeitsnachweis der Arbeitgeber in der zweiten Bergstraße nicht. Aber es treten auch Fälle ein, in denen man für die Schützlinge keine Arbeit hat. In solchen Fällen bekommt der Arbeitsuchende folgende Karte im verschlossenen Umschlag an den Nachweis mit:

Der ... ... hat keine Arbeit. Derselbe ist Verbrüderungsmitglied. Bitte selbigen in Arbeit zu bringen.

Hodemeyer

Oder hat man Arbeit in Aussicht und muß den Nachweis benutzen, dann bekommt der Arbeitslose folgende Karte:

Der Arbeiter .... hat Arbeit bei der Firma .... in Aussicht. Bitte denselben dort hinzuschicken. Derselbe ist Verbrüderungsmitglied.

Hodemeyer.

Und dann wundern sich unsre Arbeitslosen, wenn andre Arbeitslose eher Arbeit erhalten, obwohl sie sich später arbeitslos gemeldet haben. Aber der Arbeitsnachweis in der Bergstraße will nur „den richtigen Arbeiter an den richtigen Platz" stellen. Nicht wahr? Die richtigen Arbeiter sind wohl nur die Mitglieder der Verbrüderung. — Auf der Vereinigten Gummiwarenfabrik Harburg-Wien hat man ehedem die Arbeiter unterschreiben lassen, daß sie weder Mitglied des Fabrikarbeiterverbandes sind, noch ihm beitreten wollen. Zeitweise wird dieser Revers heute noch verlangt. Allerdings ohne Erfolg. Die Arbeiter unterschreiben die Wische und tun, was sie wollen.

Auf der Norddeutschen Chemischen Fabrik hat man im vorigen Jahre ebenfalls mit einem solchen Revers arbeiten wollen. Irgendwelchen Schaden hat das Machwerk nicht anrichten können und heute ist es vergessen.

In der Gummi- und Guttaperchawaren-Fabrik von Rost u. Ko. war man schon immer bestrebt, die Organisation zu unterdrücken. Wer sich irgendwie bemerkbar machte, der konnte gehen. Ängstlich bemüht war man auch, die vom Militär Entlassenen dem Kriegerverein zuzuführen. Infolge der jahrelangen Unterdrückung wagte kein Arbeiter für die Ausbreitung der Organisation zu wirken. Wohl erklärte bei der letzten Reichstagswahl der Prokurist der Firma, Herr Greve, in einer Versammlung in Wilhelmsburg, er habe nichts gegen die gewerkschaftliche Organisation einzuwenden. Sein Vorgehen steht aber mit seinen damaligen Ausführungen im Widerspruch. Von einem Arbeiter wollte er gern wissen, wer alles im Verbande sei, er solle es nur ruhig sagen, geschehen könnte ihm nichts. Erfreulicherweise lehnte der Arbeiter den ihm zugedachten Judasposten ab. Von einem andern Arbeiter wollte er gern wissen, ob er auch im Kriegerverein sei. Und als der Arbeiter erklärte, daß er dazu kein Geld habe, war er gleich bereit, ihm 10 Mk. zu geben, nur damit der Arbeiter in den Kriegerverein eintrete. Mit aller Gewalt ist man auch bestrebt, für den Jung-Deutschland-Bund zu wirken. Die jungen Leute können ohne weiteres 15 Mk. zu einem der bekannten Anzüge bekommen, wenn sie in den Jung-Deutschland-Bund eintreten. Aber nicht nur Herr Greve, sondern auch der Chef der Firma muß als Agitator für den Kriegerverein wirken. Einen Arbeiter hatte er wohl ganz besonders in sein Herz geschlossen, denn eines schönen Tages fragte er ihn: „Sind Sie gern auf der Fabrik?" Und als der Arbeiter ob dieser Frage erstaunt aufhorchte, sagte er: „Sie machen ja ein Gesicht, als ob es Ihnen hier nicht paßt." Die weitere Frage war: „Sind Sie im Kriegerverein?" Diese Frage wurde bejaht, nicht aber die weitere Frage, ob auch die Vergnügen mitgemacht würden. Diese Enthaltsamkeit wurde mit Todesfall und schlechtem Verdienst entschuldigt. Daraufhin ließ sich der Chef im Kontor einen Auszug geben über den Wochenverdienst und erklärte dann: „Sie haben mich belogen. Sie haben mehr verdient. Dies bin ich nicht von meinen Arbeitern gewöhnt. Es ist besser, wenn Sie sich um andre Arbeit umsehen." — Der Ansicht war der Arbeiter auch und er ist dem Wunsche nachgekommen. Das Vorgehen des Chefs wird erst verständlich, wenn man weiß, daß der in Betracht kommende Arbeiter organisiert war! Aber warum solche Winkelzüge? Nicht verständlich ist es, wenn Arbeiter nichts andres zu tun haben, als dem Meister mitzuteilen, wer im Verband ist, wie dies der Arbeiter P. getan hat. Der Meister ist im Vorstand des Kriegervereins und da meint der Arbeiter P., als Mitglied des Kriegervereins sei es seine Pflicht, dem Vorstand mitzuteilen, wer im Verband ist. Die elementarsten Arbeiterpflichten hat dieser Arbeiter anscheinend noch nicht begriffen. Vielleicht kommt ihm später zum Bewußtsein, welche unwürdige Rolle er gegen seine Mitarbeiter gespielt hat. — Um die Arbeiter zufriedenzustellen, hat man eine Lohnzulage bis zu 25 Pf. pro Tag gewährt. Damit hat die Organisation doch etwas erreicht; denn nur, um die Arbeiter von der Organisation abzuhalten, hat man die Zulage gewährt. Auch für diesen Betrieb trifft zu, wie für verschiedene andre, daß die Arbeiterbewegung nicht von Greve, noch von Lampert aufgehalten wird. **Aber angesichts der Vorgänge in den genannten Betrieben kann man sich nur über die Unverfrorenheit wundern, mit der diese Gesellschaft nach Maßregeln zur Unterdrückung der Arbeiter schreit.** A.

Ein neuer Schwindel der arbeiterfeindlichen Presse.

Unter der Stichmarke: „Wo nicht gestreikt werden darf" veröffentlichten Ende September bürgerliche Zeitungen — wie „Hamburger Nachrichten" und „Pirnaer Anzeiger" — folgende Notiz:

rs. Schon seit langer Zeit glauben es die sozialdemokratischen freien Gewerkschaften als ihr verbrieftes Recht ansehen zu sollen, daß sie Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen durch Streiks zu ertrotzen versuchen. Der Streik wird vielfach, entgegen jeder Tarifvereinbarung, vom Zaune gebrochen, und die Gewerkschaftskassen zahlen trotzdem den Streikenden wochen-, ja monatelang Riesensummen aus, vorausgesetzt, daß in einem bürgerlichen Betrieb gestreikt wird. Wie ganz anders sich diese freien Gewerkschaftskassen verhalten, wenn es in einem sozialdemokratischen Betriebe zu einem Streik kommt, beweist die Kasse des Fabrikarbeiterverbandes in Riesa. Die Arbeiter der dortigen sozialdemokratischen Seifenfabrik hatten bis zum April d. J. Teurungszulagen erhalten. Die Arbeiterschaft hatte gerade dieses Jahr, wo die Lebensmittelpreise erheblich angezogen hatten, die Beibehaltung der Teurungszulagen von ihrer sozialdemokratischen Fabrikleitung erhofft. Weil sie sich in ihrer Erwartung enttäuscht sahen, traten sie nach langen vergeblichen Vorstellungen am 2. Juli in den Ausstand. Schwer enttäuscht sahen sich aber die sozialdemokratischen Arbeiter, als sie auf Streikunterstützung rechneten. Sie blieb ebenso aus wie die vielgepredigte Solidaritätserklärung der verwandten freien Gewerkschaften. Schon nach wenigen Tagen mußten die streikenden Genossen, ohne auch nur das geringste erreicht zu haben, in die Seifenfabrik zurückkehren. Gutem Vernehmen nach hat die „bodenlose" Brüderlichkeit in diesem sozialdemokratischen Betriebe dadurch abermals ein Loch bekommen.

Soweit die bürgerliche Schwindelpresse. Die Absicht der Notiz geht ja schon aus der Einleitung ganz deutlich hervor. Und der Schlußsatz bestätigt noch ganz überflüssigerweise, daß die ganze Stilübung nur den Zweck haben soll, die sozialdemokratischen Arbeiter für die bürgerlichen Bestrebungen wieder einzufangen. In der Einleitung werden die Behörden auf die „Streiks vom Zaune brechenden" Gewerkschaften aufmerksam und gleichzeitig scharf gemacht. Dann wird die Seifenfabrik der Großeinkaufs-Gesellschaft deutscher Konsumvereine erneut als „sozialdemokratischer" Betrieb vorgeführt und der Fabrikarbeiterverband in den Schmutz gezogen. Eigentlich spricht die ganze Stilübung dieser wahrscheinlich aus der Reichsverbandsküche gespeisten Amtspressen für sich. Der Zweck schaut deutlich aus jeder Zeile hervor. An dem ganzen Gekreische dieser Amtstanten ist nur das eine richtig, daß die Arbeiter der Seifenfabrik für eine längere Zeit die am 1. Mai d. J. ihr Ende erreicht hatte, eine Teurungszulage erhalten haben. Alle weiteren Ausführungen sind purer Schwindel. Auch nicht ein Wort entspricht der Wahrheit. An diesem Beispiel kann man erneut sehen, wie gewissenhaft die vom Reichsverband gespeiste Presse ist. Nicht immer ist man in der Lage, den Schwindel so leicht und einwandfrei feststellen zu können wie in diesem Falle. Ueber den Reinfall der bürgerlichen Presse herrscht in den Kreisen der Beteiligten ungeteilte Freude.

Sind Arbeiter „gewissermaßen auch Menschen"?

Wir haben vor einigen Wochen mitgeteilt, daß Dr. Stapf, Syndikus des Thüringer Industriellenbundes, in einem staats- und rechtswissenschaftlichen Fortbildungskursus in Jena über die freien Gewerkschaften und ihre Führer folgendes Urteil abgab:

„Die freien oder sozialdemokratischen Gewerkschaften sind die einzigen Arbeitervereinigungen, die beim Abschluß von Tarifverträgen usw. ernstlich in Frage kommen. Die christlichen oder Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine spielen eine ganz unbedeutende Rolle. Und man muß es den Führern der freien Gewerkschaften lassen, sie verstehen mit Geschick die Interessen ihrer Arbeitskollegen zu vertreten, und das weiß ich aus eigener Erfahrung, sie nehmen bei den Verhandlungen auch Rücksicht auf die jeweils herrschende wirtschaftliche Lage in den in Frage kommenden Berufszweigen und zeigen sich in der Regel auch als tüchtige Kenner derselben."

Diese auf einen doch sicher recht reichen Erfahrungsschatz gestützten Worte haben das Junkerblatt, die „Kreuzzeitung", ganz aus dem Häuschen gebracht. Sie büttelte den Mann zunächst ganz gehörig ab. Darauf sandte ihr Herr Stapf eine Erwiderung, in der er seine in obigem Zitat wiedergegebenen Ausführungen erläuterte und am Schlusse sagte, er vertrete die Auffassung, „daß die Arbeiter gleichberechtigte Kontrahenten des Arbeitsvertrages, also gewissermaßen auch Menschen sind." Ueber diese Erwiderung ist die „Kreuzzeitung" sehr erbost und sie vermöbelt Herrn Stapf noch einmal, wobei sie durchblicken läßt, daß die Thüringer Industriellen sich einen recht ungeeigneten Interessenleiter gewählt haben. Sie sagt ihm, er solle bei solchen [illegible] „Rücksicht auf die Gesamtheit der deutschen Unternehmer" nehmen, die sich „solche Kundgebungen von ihrem Ver-

freier ernsthaft verbitten müsse". Nachdem es ja dem Syndikus einige derbe Stockprügel auf den Magen verabfolgt hat, entrüstet sich das fromme Blatt noch einmal ernstlich über den Schlußsatz in der Erwiderung des Dr. Stapf also: „Und wir halten auch den Schlußsatz der Stapfschen „Erwiderung" für keineswegs angebracht, sondern nur für geeignet, den roten Klassenkämpfern Vorschub zu leisten. Darin heißt es, er (Dr. Stapf) sei in seinen Auslassungen von der Auffassung geleitet gewesen, „daß die Arbeiter gleichberechtigte Kontrahenten des Arbeitsvertrags und gewissermaßen auch Menschen sind". Welchen Zweck diese aufreizende Bemerkung haben soll, ist nicht verständlich, wenn man sie nicht als „Byzantinismus nach unten" auffaßt."

Freilich, freilich! Es ist auch ganz unerhört, daß ein von den Unternehmern bezahlter Doktor die Arbeiter als Menschen anerkennt. Das muß natürlich das Selbstbewußtsein dieser Geschöpfe ungemein steigern und den „roten Klassenkämpfern" Vorschub leisten. Die Gattung Mensch hört selbstverständlich bei der Redaktion der „Kreuzzeitung" auf.

Gegnerische Gewerkschaften.

Gelber Terrorismus.

In jeder Nummer der gelben Organe findet man das Gekreische der gelben Söldlinge über den roten Terrorismus, der von den freien Gewerkschaften angeblich geübt wird. Sie, die Wirtschaftlichfriedlichen, wie sie sich nennen, fordern zusammen mit den Scharfmachern des Unternehmertums ein Gesetz zum Schutze der Arbeitswilligen. Immer wieder jammern sie, daß die Gesetzgebung den lieben Arbeitswilligen zu wenig persönlichen Schutz angedeihen lasse. Obgleich das gelbe südwestdeutsche „Arbeiterblatt" in Nr. 12 vom 21. September cr. auf die Hunderte von Gendarmen, die Tausende von Soldaten, die Tausende von Schutzleuten und die Maschinengewehre von Mansfeld hinweist, die zum Schutze der Arbeitswilligen in Bewegung sind.

Wie sieht es dagegen auf der andern Seite aus? In Königsberg i. Pr. besteht in der Nordd[illegible]n Zellulosefabrik ein gelber Werkverein, der es durch den üblichen sanften Druck, Schmarotzertum und fürsorgliche Bevorzugung seitens der Direktion zu einer die Direktion sehr angenehmen Stärke gebracht hat. Daß nun hier jedes Wort Andersdenkender verpönt ist, ist selbstverständlich. Sorgsam wachen die Kapitalswächter, als da sind Aufseher, Schachtmeister, Portiers usw darüber, daß keine andre Meinungen auftauchen sollen. „Du sollst nicht andre Götter haben neben mir!" Nach dieser Devise handeln die gelben Freunde der Kapitalisten. Jede Flugblattverbreitung von unsrer Seite schreckt die gelben Oberhäupter auf, und wie fanatisiert versuchen sie dieselbe zu inhibieren.

Folgende zwei Beispiele gelber „Friedlichkeit" sollen beweisen, wie die Gelben handeln, wo sie, wie hier, glauben, die Macht zu besitzen.

Als am 20. März auf dem Wege zur Norddeutschen Zellulosefabrik Flugblätter an die dortigen Arbeiter verbreitet wurden, kam auch das gelbe Vorstandsmitglied, Hofaufseher Friedrich Stanull, an den Zettelverteilern vorüber. Da er den Verteilern als gelbes Oberhaupt bekannt war, wurde ihm kein Flugblatt gereicht. Darauf fragte Stanull den einen Verteiler: „Na, ich krieg keins?" Der Verteiler erwiderte: „Nein!" Da trat Stanull hinzu und sagte: „Dann werde ich mir eins mit Gewalt nehmen." Dieses gelang ihm natürlich nicht. Da trat er den Verteiler auf den Fuß und hob den Stock in die Höhe. Der Verteiler verbat sich, ihn zu belästigen. Als nun ein vorübergehender Arbeiter ein Flugblatt abnahm, sagte Stanull zu diesem: „Schmeiß den Zettel weg und gib ihm (dem Verteiler) lieber eins in die Presse."

Ein ähnlicher Fall ereignete sich kurz darauf. An einem Abend beim Schichtwechsel wurden Flugblätter an die Arbeiter genannter Fabrik verbreitet. Der als gelbes Vorstandsmitglied bekannte Bleilöter Ernst und nebenher Anhänger einer frommen Sekte, kam auf einen Verbreiter zu mit den Worten: „Geben Sie mir eins!" Der Verbreiter kam diesem Wunsche nach und gab dem Manne ein Flugblatt, zumal ja diese für alle Beschäftigten der Zellulosefabrik bestimmt waren. Darauf erklärte das gelbe Oberhaupt: „Na, bloß eins? Geben Sie mal den ganzen Kram her." Dabei packte er das Paket Flugblätter an und zog an ihm. Der Verteiler erwiderte: „So was gibt es nicht! Die sind für alle Arbeiter bestimmt. Uebrigens, was wollen Sie denn damit?" „Dann nehm ich den Dreck mit und verbrenn' ihn, damit ihn keiner in die Finger kriegt!" antwortete der fromme Herr Bleilöter. Liebes eure Feinde, heißt es sonst im Munde frommer Leute. Dies wollte der Herr wohl dadurch erreichen, daß er zu einigen Arbeitern, auf den Verteiler hindeutend, sagte: „Dem Hund die Blätter wegnehmen und ein paar in die Schnauze geben!"

Im ersten Falle wurde gegen den Hofaufseher Stanull von unserm Kollegen Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft erstattet. Diese lehnte das Einschreiten jedoch ab, da, wie ausgeführt wurde, kein öffentliches Interesse vorliege, und Stanull bei seiner Vernehmung die Bedrohung bestritt. Was wäre wohl geschehen, wenn sich der Fall in umgekehrter Weise abgespielt hätte? Nun, die Frage kann sich jeder Arbeiter selbst beantworten.

Bereits zur Zeit des Streiks im vorigen Jahre hat Stanull sehr oft Zeugnis seines Könnens abgelegt. So hat er Streikende beschimpft, Streikposten belästigt und auch damals einen Streikposten auf den Fuß getreten. Einen andern Streikposten hat er mit dem Stock auf die Hand geschlagen. Ergibt sich aus solchen provozierenden Handlungen dieser Leute ein Zusammenstoß, dann wird natürlich alle Schuld den bösen Gewerkschaften zugeschoben.

Die damals bei den Behörden gegen Stanull eingereichte Beschwerde war auch ohne Erfolg. Heute ist Sanull trotz seiner für das Kapital so interessanten Taten nicht mehr in der Zellulosefabrik. Er hat seinen Dank dahin. Warum wohl?

Ein weiteres Probestück ihrer Anständigkeit lieferten die Gelben am 28. September. An diesem Tage wurden vor der Zellstoffabrik von uns einige Flugblätter an die Arbeiter verteilt. Kaum waren die Verbreiter in Sicht, so eilte der Bootsführer des Schleppbootes „Ilse" nach dem Portierhause und rief: „Es werden schon wieder Zettel verbreitet!" Sofort stürzten die gelben Oberhäupter: 1. Portier Teschner, gelbes Vorstandsmitglied, 2. Tischler Stahl, erster Vorsitzender, 3. Bleilöter Ernst, zweiter Kassierer, 4. Hofaufseher Elias, 5. Sattler Nagel und 6. Vorschlosser Gründler, zum Teil mit Stöcken bewaffnet, auf die Straße. Sie gingen an die Flugblattverteiler heran, einzelne verhöhnten die Verteiler durch Redensarten, rissen den Arbeitern, welche die Flugblätter von den Verbreitern annahmen, diese aus den Händen und warfen sie weg. Der gelbe Vorsitzende Stahl hat sich dabei besonders hervorgetan. Als die gelben Kapitalsstützen dieses Werk zur Ehre des Hauses Lehmann vollbracht hatten, sangen sie zum Schluß: Es lebe der gelbe Werkverein!

Man sieht, zu welchen Mitteln diese Leute greifen, um die gewerkschaftliche Aufklärungsarbeit zu verhindern. Es wird ihnen nichts nützen. Der Zeitpunkt kommt, wo sich die Arbeiter von ihrem Tun abwenden werden.

T. H.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Verschmelzungen.

Die Lagerhalter hielten vom 8. bis 11. September einen außerordentlichen Verbandstag ab, auf dem der Vorstand des Verbandes über die Verhandlungen mit dem Verband der Handlungsgehilfen wegen einer event. Verschmelzung beider Verbände berichtete. Die Mitgliederzahl des Lagerhalterverbandes betrug Ende 1911 2744, am 15. August 1912 schon 2913, zeigt also ein in Anbetracht des Rekrutierungsgebietes nicht unerhebliches Wachstum. Das Kassenvermögen betrug am Schlusse des Geschäftsjahres 1910 64 000 Mk und stieg bis zum Schlusse des ersten Quartals 1912 auf 81 493,70 Mk.

Die Verhandlungen über die Verschmelzungsvorlage endeten mit der Annahme der Verschmelzung mit 65 gegen 18 Stimmen. Weiter fand ein Antrag Annahme, wonach den übertretenden Mitgliedern auch die vor dem Eintritt in den Lagerhalterverband bereits in andern Organisationen zurückgelegte Mitgliedschaft angerechnet werden soll. Die Vertreter des Vorstandes des Handlungsgehilfenverbandes sagten die Erfüllung dieses Wunsches zu.

•

Die Verschmelzung der Schmiede mit den Metallarbeitern ist am 1. Oktober in Kraft getreten. Die „Schmiedezeitung", die am 1. Oktober ihr Erscheinen einstellte, verabschiedete sich in ihrer Nr. 39 von ihren Lesern. Die Redaktion erklärt in ihrem Abschiedswort:

„Wir müßten lügen, wenn wir sagen sollten, daß wir diesen Umstand (der Verschmelzung. D. R.) freudig begrüßen. Noch nie haben wir ein Hehl daraus gemacht, daß wir die Interessenvertretung unsrer Berufskollegen am besten in einer besonderen beruflich geleiteten Zeitung aufgehoben glauben. Fortan sind dieser Interessenvertretung engere Grenzen gezogen, denn es ist unmöglich, daß dort, wo so viele Berufe ihre Vertretung suchen, jeder einzelne ein besonders ausgedehntes Feld finden könnte. Das liegt in der Natur der Sache."

Arbeitslosenunterstützung im Bauarbeiterverband.

Die Ueberzeugung von der Notwendigkeit, arbeitslose Verbandsmitglieder durch eine Unterstützung nicht nur vor der ärgsten Not zu schützen, sondern auch widerstandsfähiger gegenüber den Unternehmern zu machen, hat die Arbeitslosenunterstützung zum wichtigsten Zweig des gewerkschaftlichen Unterstützungswesens werden lassen. Heute fehlt diese Unterstützung fast nur noch in solchen Verbänden, die sich ganz oder fast ausschließlich aus Saisonarbeitern zusammensetzen. Aber auch in diesen Gewerkschaften, die naturgemäß ganz besondere Hindernisse zu überwinden haben, wird die Einführung eifrig und eingehend erwogen. So veröffentlicht jetzt der Vorstand des Verbandes der Bauarbeiter im „Grundstein" eine Vorlage, die vorsieht, daß nach zweijähriger Mitgliedschaft eine Erwerbslosenunterstützung bei Krankheit oder Arbeitslosigkeit gewährt werden kann. Ausgeschlossen sind aber die Monate Januar und Februar, für die auch keine Beiträge erhoben werden. In diesen beiden Monaten ist nach den bisherigen Statistiken über die Hälfte aller baugewerblichen Arbeiter wegen Witterungsverhältnisse arbeitslos. Da muß vorläufig noch die Hilfe der Organisation versagen. Der Vorstand hofft jedoch, daß es nach einigen Jahren praktischer Erfahrung vielleicht möglich sein wird, zunächst einen und später den andern Monat in die Unterstützung einzubeziehen. Die Beiträge sollen je nach Lohnklasse zwischen 40 und 90 Pf. pro Woche gestaffelt werden. Die Unterstützung soll je nach Dauer der Mitgliedschaft und der Beitragsleistung 75 Pf bis 1,85 Mk betragen. Die Versammlungen und Konferenzen des Verbandes werden diese Vorlage besprechen und dann wird der Verbandstag darüber beschließen.

Der Landarbeiterverband

hat die erste Generalversammlung des Verbandes auf den 27. Dezember nach Berlin einberufen. Auf der Tagesordnung steht unter anderm: Die Rechtsverhältnisse der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter, Referent Redakteur Fritz Faaß-Berlin; Unsre nächsten Aufgaben, Referent Verbandsvorsitzender Georg Schmidt.

Papier-Industrie

Die Papierfabrikanten rüsten.

Unsre Unternehmer bekommen es mit der Angst. Jahrelang haben sie sich von Herrn Ditges und andern Leuten mit ähnlichen An- und Absichten versichern lassen, die gott- und tugendlosen Gewerkschaften würden in die gesegneten Gefilde der Papiermacherei nicht eindringen, wenigstens nicht, solange die Unternehmer der Schafspur folgen, die ihnen im „Wochenblatt" und auf den diversen Konferenzen gezogen wird. Jetzt kommt die Enttäuschung. Die Tätigkeit unsres Verbandes hat den Herren den Kopf aus dem Sande gehoben, und da sehen sie, daß auch die Arbeiter der Papierfabriken sich mehr und mehr zusammenschließen und vereint Anstrengungen machen, ihr „patriarchalisches" Arbeitsverhältnis etwas zu modernisieren. Gleichzeitig sehen die so lange und gründlich irregeführten Unternehmer aber auch, daß die Organisationen der Arbeiter durchaus nicht jene Schreckenshorden sind, als die man sie ihnen so oft und eindringlich geschildert hat. Sie erfahren, daß die Gewerkschaften weder Revolution machen, noch Fabriken in Brand stecken, noch Maschinen zerschlagen, noch Unternehmer an Laternenpfähle hängen, noch Herrn Ditges das Dichten verekeln wollen, sondern daß sie sich vielmehr darauf beschränken, die Arbeiterschaft geistig und materiell zu heben und dazu vor allem die Arbeitsbedingungen zu bessern. Und es gibt erfreulicherweise Ketzer unter den Papierfabrikanten, die in diesem Streben durchaus keine Sünde, sondern ein ganz berechtigtes Bestreben sehen. Manche haben sogar ihre Furcht überwunden und sind beherzt in die Höhle des Löwen gegangen, d. h. sie haben den Verband als Vertretung der Arbeiter anerkannt. Und sie haben dabei ihren kostbaren Kopf nicht verloren, aber eine wertvolle Einsicht gewonnen, nämlich die, daß sie bisher spottschlecht beraten wurden, daß es ein ebenso erfolgloses wie einfältiges Unterfangen ist, eine Bewegung ignorieren oder totschimpfen zu wollen, die in unserm gesamten Wirtschaftsleben verankert ist, die Tag um Tag neu geboren wird, die Jahr um Jahr neue Hunderttausende von Arbeitern in ihren Bannkreis zieht.

Damit soll beileibe nicht gesagt sein, daß die Unternehmer nunmehr ihren Kampf gegen die Gewerkschaften aufgeben, zu einer schiedlich-friedlichen Regelung der Arbeitsbedingungen unter Anerkennung der Arbeiter und ihrer Organisation bereit sein werden. Damit hat es gewiß noch gute Wege. Aber es bahnt sich unverkennbar eine Aenderung der Kampfformen an. An die Stelle des einzelnen Unternehmens tritt immer mehr die Unternehmerorganisation. Schon seit einigen Jahren hat der Arbeitgeberverband der Papier- und Zellstoffabrikanten in schwebende Kämpfe insofern eingegriffen, als er durch Herausgabe schwarzer Listen die Unterbringung streikender Arbeiter erschwert hat. Auch hat er die Zufuhr von Arbeitswilligen gefördert und vereinzelt sogar finanzielle Beihilfe an bestreikte Unternehmer geleistet.

Die Streikhilfe des Unternehmerverbandes soll nunmehr erweitert und planmäßiger gestaltet werden. Am 20. September dieses Jahres fand in Koburg eine Sitzung des Vorstandes des Arbeitgeberverbandes statt, in der eine Streikversicherung beschlossen wurde. Allerdings scheint es eine recht unzulängliche Sache werden zu sollen, denn Ditges schreibt im „Wochenblatt", man sei im Vorstande darüber einig gewesen, „daß eine Streikversicherung im wahren Sinne des Wortes diejenigen Mittel, über die der Verband jetzt verfügte und die ihm in Zukunft jemals zu Gebote stehen könnten, bedeutend überschreiten würde". Wenn trotz der unzulänglichen Mittel und der Unmöglichkeit, eine richtiggehende Streikversicherung zu schaffen, die Einrichtung einer solchen Kasse doch beschlossen wurde, so deshalb, weil es — nach Ditges — als „eine Pflicht der ausgleichenden Gerechtigkeit empfunden wurde, denjenigen Mitgliedern, die im Kampfe gegen die übertriebenen Ansprüche einer verhetzten Arbeiterschaft an erster Stelle ständen, trotzdem sie ihren Pflichten als Arbeitgeber in ausreichendem Maße entsprochen hätten, eine Unterstützung zu gewähren". Diese Logik ist nicht gerade zwingend. Wenn der Verband kein Geld hat und, nach seinem eigenen Eingeständnis, auch in Zukunft nicht haben wird, dann wird die „Pflicht der ausgleichenden Gerechtigkeit" keinen Taler in seinen Beutel zaubern. Vorsichtshalber wurde denn auch beschlossen, nur eine Unterstützungsmöglichkeit zu schaffen und keinem Mitgliede einen verfolgbaren Anspruch darauf zu gewähren. Es dürfte also recht bald allerhand Enttäuschungen im Lager der Unternehmer geben.

Die Schaffung einer Streikversicherung war nicht die einzige neue Waffe, die die Unternehmerorganisation ihrem Arsenal einfügte. Es wurden auch noch die von dem Geschäftsführer vorgelegten „Ratschläge an die Mitglieder für den Fall der Androhung oder des Ausbruchs eines Streiks" beraten. Wie diese Ratschläge lauten, ist uns nicht bekannt; weil sie aber von dem Geschäftsführer Ditges vorgelegt wurden, laufen wir nicht Gefahr, sie zu unterschätzen. Wie jemand, der so hinterwäldlerische Ansichten über die Gewerkschaften hat und so bar aller Erfahrungen bei Lohnkämpfen ist wie der Sekretär der Papierfabrikanten, den Unternehmern Ratschläge über ihr Verhalten bei Streiks geben will, ist uns unerfindlich. Da sie jedoch „in der Hauptsache" angenommen sind, werden wir ihre Grundzüge und ihre Wirkung in absehbarer Zeit praktisch erproben können. Warten wir's also ab.

Ditges scheint übrigens die problematische Streikversicherung und seine vielleicht noch problematischeren Ratschläge selbst sehr gering einzuschätzen; denn er bemerkt im „Wochenblatt", daß eigentlich nicht die Beschlüsse, sondern die voraufgehende und nachfolgende Aussprache am wertvollsten gewesen sei. Er deutet dann an, daß sich diese Aussprache erstreckt hat auf „die Arbeitsverhältnisse in den verschiedenen Gegenden Deutschlands und über die Stellungnahme der Mitglieder zu Verhandlungen mit den Arbeiterorganisationen, Tarifverträgen, Förderung von wirtschaftsfriedlichen (lies gelben. D. V.) Arbeiterverbänden und Fragen ähnlicher Art." Bei dieser Aussprache scheint's infolge der von uns einleitend skizzierten auseinandergehenden Auffassungen der Unternehmer recht lebhaft hergegangen zu sein. Vielleicht ist dabei auch zur Sprache gekommen, daß die Arbeitsverhältnisse in manchen Gegenden Deutschlands derart [illegible] sind, daß ein Vorgehen der Arbeiter von manchen Unternehmern, die besser zahlen, nicht nur nicht bekämpft, sondern geradezu gewünscht wird. Denn die Schmutzkonkurrenz der Lohnschinder verschuldet zu einem erheblichen Teil die von den Unternehmern so oft und eindringlich beklagte Preisdrückerei. Auch die Erfahrungen, die manche Unternehmer bei Verhandlungen mit der Organisation gemacht haben, sind Gegenstand der Aussprache gewesen und wenn die Unternehmer mit ihrer Meinung nicht hinter dem Berge gehalten haben, hat Herr Ditges mit seiner Theorie vom Herrenmenschen dabei keine Lorbeeren gepflückt. Wir verstehen also durchaus das Gemisch von Resignation, Scharfmacherei und keimender Einsicht, das ihn im „Wochenblatt" schreiben läßt: „Der Verlauf der Sitzung hat erwiesen, wie ersprießlich gerade auf diesem Gebiet eine gegenseitige Verständigung ist; im Austausch der Meinungen zeigte es sich, daß manches Entgegenkommen möglich ist, das bisher als ausgeschlossen galt, und daß dagegen Konzessionen, die als unbedeutend angesehen wurden, nicht gemacht werden dürfen." Das ist zwar etwas dunkel und geschraubt ausgedrückt, aber es scheint uns doch eins daraus hervorzugehen: Die Unternehmer wollen ihre Taktik ändern. Sie wollen nicht mehr grundsätzlich und unter allen Umständen Herr auf dem Markte sein, sondern von Fall zu Fall mit sich reden lassen. Das ist nicht viel, aber es ist der erste Schritt auf dem Wege zur Umkehr. Und solche Schritte fallen immer klein aus.

Darüber wollen wir uns jedoch klar sein: Die Beschlüsse der Unternehmer werden uns zunächst keine Verminderung und Milderung, sondern eine Vermehrung und Verschärfung der Kämpfe bringen. Die in Aussicht gestellte Streikunterstützung wird manchem Unternehmer, der seither zum Entgegenkommen geneigt war, das Rückgrat steifen, und die Ratschläge, die der Sekretär der Papierfabrikanten ausgearbeitet hat, laufen todsicher auf eine Schürung der Kämpfe hinaus. Aber wir werden das überstehen. Vorläufig quittieren wir die Tatsache, daß die Tätigkeit unsres Verbandes die Papierfabrikanten aus ihrer patriarchalischen Ruhe aufgeschreckt und zu einer Revision ihrer zünftlerisch-beschränkten Anschauungen über Wesen, Ziel und Tätigkeit der Gewerkschaften gezwungen hat. Was dabei zunächst herauskommt, warten wir ab. Schrecken kann uns weder die in die Luft geschriebene Streikversicherung, noch die von dem Unberufensten aller Unberufenen ausgearbeitete Streik-Taktik.

Aber anspornen muß uns die Tätigkeit der Unternehmer. Anspornen zu gesteigerter Werbearbeit, zu planmäßigerem Ausbau der Organisation, zu sorgfältigster Vorbereitung aller Lohnkämpfe. Nur wenn wir unsre Pflicht tun, können wir ruhig in die Zukunft sehen.

+ **Unfall.** Auf bisher noch unaufgeklärte Weise ist am 30. September der Arbeiter Unger in der Zellstoffabrik in Schwarza in das Laugenbassin gefallen. Der Unfall wurde sofort bemerkt und es war gleich Hilfe zur Hand. Trotzdem trug Unger Verletzungen der Augen davon, weshalb sich die Ueberführung nach Jena in die Heilanstalt nötig machte.

Gaukonferenz des Gaues 8

Am Sonntag, dem 22. und Montag, dem 23. September, tagte in Arnstadt im Kurhaus die Gaukonferenz des Gaues 8. Anwesend waren 48 Delegierte, welche 36 Zahlstellen vertraten; 4 Zahlstellen hatten keine Delegierte entsandt. Der Gauvorstand war durch den Gauleiter Schneider und den Kollegen Schreiber vertreten; der Zentralvorstand durch den Verbandsvorsitzenden, Kollegen Brey. Die von der Konferenz angenommene Tagesordnung umfaßte 6 Punkte:

1. Konstituierung der Gaukonferenz;
2. Bericht der Gauleitung;
3. Bericht vom Verbandstag;
4. Einleitung und Führung von Lohnbewegungen;
5. die Handhabung unsrer Unterstützungseinrichtungen; Buch- und Kassenführung in den Zahlstellen;
6. allgemeine Anträge: Wahl des Ortes für die nächste Gaukonferenz.

Im zweiten Punkte ergänzte der Kollege Schneider den gedruckt vorliegenden Bericht der Gauleitung. Die Berichtszeit erstreckt sich auf die Zeit vom 1. April 1911 bis 30. Juni 1912. Die Tätigkeit der Gauleitung war sehr umfangreich. In der Berichtszeit wurden 206 Versammlungen abgehalten, davon waren 69 öffentliche, 45 Mitgliederversammlungen, 38 Betriebs-Versammlungen und 56 Versammlungen, die mit Lohnbewegungen in Verbindung standen.

Neugegründet wurden 13 Zahlstellen; eingegangen ist eine Zahlstelle; verschmolzen mit andern wurden 5 Zahlstellen; bei einigen Zahlstellen wird die Verschmelzung noch vollzogen. Infolge Aufteilung des gothaischen Zahlstellengebiets sind 3 neue Zahlstellen entstanden.

Die Korrespondenz der Gauleitung erstreckte sich auf 1972 Eingänge und 4445 Ausgänge. Die Einnahmen der Gauleitung betrugen 5691,22 Mark, die Ausgaben 5329,55 Mk. Erfreulicherweise hat sich in letzter Zeit auch die Zahl der Zahlstellen gemehrt, welche sich bereit erklärt haben, der Gaukasse in jedem Quartal eine bestimmte Summe zuzuweisen.

Die Mitgliederzahl stieg in der Berichtszeit von 7004 auf 9494 Mitglieder, mithin ist eine Zunahme von rund 2500 Mitgliedern zu verzeichnen. Beiträge wurden 615 213 oder pro Kopf 11,60 geleistet. 7 Zahlstellen erheben einen wöchentlichen Lokalzuschlag von 10 Pf. für männliche und 5 Pf. für weibliche Mitglieder. 34 Zahlstellen erheben einen wöchentlichen Lokalzuschlag von 5 Pf. pro Mitglied. 1 Zahlstelle erhebt einen monatlichen Lokalzuschlag von 10 Pf. pro Mitglied. 2 Zahlstellen erheben keine Lokalzuschläge.

Der Lokalkassenbestand im Gau beträgt zirka 30 000 Mk. Kassenrevisionen fanden 34 statt; diese dienten, mit einzelnen Ausnahmen, informatorischen Zwecken.

Gezwungen durch die ungeheure Steigerung der Lebens- und Bedarfsmittel strebten die Kollegen fast aller Orte nach Verbesserung ihrer Lage. Infolgedessen waren die Lohnbewegungen sehr zahlreich. In den meisten Fällen wurden ohne Arbeitseinstellung verhältnismäßig bedeutende Lohnaufbesserungen sowie Arbeitszeitverkürzungen erreicht. Es gab aber auch langwierige Streiks zu führen, welche in den meisten Fällen gleichfalls mit gutem Erfolg beendet werden konnten.

An den Bericht der Gauleitung knüpfte sich eine lebhafte Debatte, welche sich in zustimmendem Sinne bewegte. Allgemein wünschte man, daß der organisatorische Ausbau weiter gefördert würde, um für die Zukunft ebenso erfolgreich wirken zu können. Der Gauleitung wurde schließlich Entlastung erteilt.

Zum dritten Punkte erstattete Kollege Greif (Waltershausen) den Bericht vom Verbandstag. Die Konferenz erklärte sich mit den gefaßten Beschlüssen einverstanden. Als besonders wichtig für unsre Organisation wurden die Beschlüsse betr. Abgrenzung und Branchengliederung bezeichnet.

Zum vierten Punkte referierte Kollege Brey (Hannover) über: „Einleitung und Führung von Lohnbewegungen". Den Ausführungen wurde mit großer Aufmerksamkeit gefolgt; dem Referenten wurde ungeteilter Beifall gezollt.

Zum fünften Punkt sprach Kollege Rößler (Altenburg) über: „Die Handhabung unsrer Unterstützungseinrichtung; Buch- und Kassenführung in den Zahlstellen". Auch dies Thema wurde mit besonderem Interesse verfolgt und die sich hieran anschließende Diskussion bewies, daß die Konferenzteilnehmer die Wichtigkeit dieser Materie zu würdigen wußten.

Zum sechsten Punkte wurden folgende Anträge angenommen: „Zahlstellen, die keine festen Lokalbeiträge erheben, sollen — außer Reisegeschenk — aus lokalen Mitteln keinerlei Unterstützung gewähren". Ferner: „Zahlstellen, die einen Delegierten zur Gaukonferenz wählen, sollen tunlichst diesen aus der Ortsverwaltung entsenden, Zahlstellen, die mehrere Delegierte wählen, müssen mindestens einen davon der Ortsverwaltung entnehmen". Als Tagungsort für die nächste Gaukonferenz wurde Weimar bestimmt. O. K.

Gaukonferenz des Gaues 13.

Die Konferenz des 13. Gaues tagte am 21. und 22. September im Lokal „Kleiner Stadtpark" in Kassel. Sie war von 37 Delegierten besucht, die 22 Zahlstellen vertraten. Der Zentralvorstand war durch den Kollegen Sack, der Gauvorstand durch vier Personen vertreten. Die Tagesordnung lautete:

1. Bericht des Gauvorstandes.
2. Bericht über die Beschlüsse des Verbandstages in Dresden. Referent: Kollege Winkeler (Mainz).
3. Der organisatorische Aufbau der Zahlstelle. Referent: Kollege Sack (Hannover).
4. Die Volksversicherung. Referent: Kollege Lamprecht (Höchst).
5. Anträge der Zahlstellen.

Nach Festsetzung der Tagungszeit und der Geschäftsordnung sowie Annahme obiger Tagesordnung ergänzte der Gauvorsitzende, Kollege Bruns, den vorliegenden Geschäftsbericht. Aus diesem war zu entnehmen, daß es in den letzten zwei Jahren in erfreulicher Weise vorwärts gegangen ist. Die Agitation erstreckte sich in der Hauptsache auf die chemischen Betriebe. Hier ist für uns noch ein großes Arbeitsfeld vorhanden. Da der Besuch der öffentlichen Versammlungen durchweg zu wünschen übrig ließ, wurden mehr Betriebsversammlungen und Werkstatt-Besprechungen abgehalten. Die Mitgliederzahl des Gaues stieg von 7968 auf 10 403, also um 2446 Mitglieder.

In der Berichtsperiode sind 426 Versammlungen abgehalten, und zwar 34 öffentliche Versammlungen, 28 Mitgliederversammlungen, 52 Betriebsversammlungen, 87 mit Lohnbewegungen in Verbindung stehende Zusammenkünfte und 125 Sitzungen. Postsachen sind 1047 eingegangen und 1260 ausgegangen.

Zur Belebung der Agitation wurden 12 000 Flugblätter verbreitet. Auch wurden drei Zusammenkünfte der Geschäftsführer des Gaues abgehalten. Viel Arbeit hat der Gauleitung die Verschmelzungsfrage gemacht. Während ihre Durchführung im Darmstädter Industriegebiet ohne besondere Schwierigkeiten vor sich ging, waren bei der Verschmelzung von Fechenheim und Neu-Isenburg beträchtliche Hemmnisse zu überwinden. Da innerhalb des Gaues die Zuschüsse aus den Lokalkassen bei Streikunterstützungen recht unterschiedlich waren, wurde in einer Zahlstellenleiter-Konferenz eine Resolution angenommen, in der die Zahlstellen aufgefordert werden, die Zuschüsse aus lokalen Mitteln im ganzen Gau einheitlich zu gestalten. In der Diskussion wurde angeregt, mehr Agitation unter den Ziegeleiarbeitern zu betreiben; notwendig seien auch Vorträge durch Aerzte über Gewerbekrankheiten.

Kollege Winkeler erstattete den Bericht vom Verbandstag in Dresden und erläuterte die dort gefaßten Beschlüsse in vorzüglichster Weise.

Zu Punkt 3 hielt Kollege Sack einen instruktiven Vortrag. Die Diskussion darüber war recht lebhaft.

Verschiedene Kollegen brachten Wünsche über Verbesserung der Kassenbücher sowie einige Aenderungen in den Mitgliedsbüchern vor. Auch soll die sozialdemokratische Reichstagsfraktion veranlaßt werden, den Versuch zu unternehmen, nicht nur für die Heimarbeiter, sondern für alle gewerblichen Arbeiter Lohnbücher obligatorisch einzuführen.

Wegen der vorgerückten Zeit mußte Kollege Lamprecht (Höchst) seinen Bericht über die kürzlich beschlossene Volksversicherung der Genossenschaften und freien Gewerkschaften kurz zusammenfassen. Er erläuterte die Beweggründe zur Schaffung der Volksfürsorge und ersuchte die Kollegen, schon jetzt in den Kreisen der Mitglieder lebhafte Propaganda für das Unternehmen zu machen.

Von den Anträgen der Zahlstellen wurde ein Antrag der Zahlstelle Darmstadt, die nächste Gaukonferenz in Darmstadt abzuhalten, angenommen, desgleichen ein Antrag Mainz an den nächsten Verbandstag: Die Gaukonferenz vor der Tagung des Verbandstages stattfinden zu lassen. L. W.

Gaukonferenz im Gau 14.

Am 29. und 30. September tagte in Düsseldorf die Konferenz des Gaues 14 (Rheinland-Westfalen). Anwesend waren aus 23 Zahlstellen 31 Delegierte; 5 Orte waren nicht vertreten. Vom Hauptvorstand war Kollege Brey zugegen, der Gauvorstand war vertreten durch die Kollegen Funk (Gauleiter), Schmidt und Wirz. Die Bezirksleitung sandte die Kollegen Hilpmann und Gummin-Essen. Nachdem die geschäftlichen Formalitäten erledigt waren, wurde sofort in die reichhaltige Tagesordnung eingetreten. Funk-Köln ergänzte den schriftlich vorliegenden Bericht in der Weise, daß er die markantesten Punkte nochmals hervorhob, um den Kollegen vor Augen zu führen, was in der Berichtszeit noch hätte getan und unterlassen werden können. Vor allem müsse der Nachrichtendienst seitens der Zahlstellen besser erledigt werden, sei es betr. Lohnbewegungen, Einsammeln von statistischem Material, Beantwortung von Anfragen usw. Mit der Entwicklung im Gau könne man zufrieden sein, wer eine etwas genügsame Natur habe; wenn wir nicht mit den Fortschritten andrer Gaue gleichen Schritt gehalten können, so müßte dies für uns ein Ansporn sein, in Zukunft mehr zu leisten für den inneren und äußeren Ausbau der Organisation im Gau. Bezirksleiter Hilpmann-Essen schilderte die Verhältnisse im Ruhrgebiet, betonend, daß die Polizei es ganz besonders auf uns abgesehen habe und bestrebt sei, unsre Bewegung hemmen, zwischen die Seine zu werfen. In der Berichtszeit sind abgehalten worden: 107 öffentliche, 166 Mitglieder- und 208 Betriebsversammlungen. Versammlungen betr. Lohnbewegungen fanden 114, Verhandlungen mit Unternehmern 74 statt. Hausagitation wurde in 37 Fällen vorgenommen, die dort, wo sie gut vorbereitet und durchgeführt wurde, auch Erfolge gezeitigt hat. 7 Zahlstellen wurden neugegründet. Die Gaukasse schließt ab mit einer Einnahme von 2673,73 Mark, einer Ausgabe von 2678,40 Mk. und einem Kassenbestand von 195,33 Mk. In der äußerst regen Diskussion wurden Mittel und Wege besprochen, um die noch bestehenden Hindernisse zu überwinden, die uns teils seitens der Gegner Steinfels errichtet, teils wirtschaftlicher Natur sind. Um dieser Schwierigkeiten Herr zu werden, sei es Vorbedingung, daß alle Kollegen untereinander kameradschaftlichen Verkehr pflegten, daß die Kollegen in den Versammlungen alles peinlich vermeiden, was geeignet ist, die Bewegung in ihrer Entwicklung zu hemmen. Zum Schlusse wurde die Tätigkeit der Gau- bezw. Bezirksleitung anerkannt. Nun führte man zu den 19 vorliegenden Anträgen. Nach einer eingehenden Generaldebatte erwies sich ein Teil der Anträge als überflüssig, ein Teil wurde in veränderter Form angenommen. Die angenommenen Anträge lauten: Jedes Jahr sollen die Leitungen der Zahlstellen zusammengerufen werden, um ihnen Winke und Richtlinien für die Agitation zu geben; weiter sollen diese Zusammenkünfte den Zweck haben, die Kollegen in organisatorischer wie in verwaltungstechnischer Hinsicht zu bilden. Weiter wurde beschlossen, die Gau- und Bezirksleitung nach Köln zu verlegen.

Ferner fand ein Antrag der Gauleitung Annahme, wonach die Kosten der Gaukonferenzen gemeinsam getragen werden sollen. Zu diesem Zweck wird von den Zahlstellen, je nach der Mitgliederzahl, ein vierteljährlicher Beitrag von 2 bis 5 Pf. per 13 verkaufte Marken erhoben. Das Geld ist an die Gaukasse abzuliefern und wird getrennt verwaltet. Dieser Antrag entsprang dem Umstand, daß stets einige kleine Zahlstellen wegen Mangel an Mitteln nicht in der Lage waren, die Konferenzen zu beschicken. — Nun hielt Kollege Brey-Hannover einen Vortrag über: „Agitation". Ausgehend von den Kämpfen der Vergangenheit schilderte Redner die Agitation als die unbedingt nötige Vorarbeit im Befreiungskampf. Der Anschluß an seine Berufsorganisation sei sittliches Gebot eines jeden Arbeiters, sei Voraussetzung für bessere Zustände. Bei der Agitation müsse stets auf die geschichtliche Bedeutung der Arbeiterbewegung hingewiesen werden, wenn man dann noch die Leistungen für Unterstützungen, die Erfolge der Lohnbewegungen, Arbeitszeitverkürzungen usw. (die man stets im „Proletarier" ersehen kann) zutreffend erkläre, dann könne der Erfolg nicht ausbleiben und manche Arbeiterin, mancher Arbeiter würde aus dumpfer Verzweiflung, aus tiefer Unwissenheit und Gleichgültigkeit emporgehoben zur Menschheitskultur. Eine Diskussion über das Referat wurde nicht beliebt.

Der nächste Punkt der Tagesordnung beschäftigte sich mit den Verhandlungen auf dem Verbandstag in Dresden, wozu der Kollege Hartwig aus Köln das Referat übernommen hatte. Redner gab einen Ueberblick über die erledigten Arbeiten des Verbandstags, indem er die einzelnen Verhandlungspunkte Revue passieren ließ. In der Diskussion wurden einige Anfragen vom Gauleiter und vom Kollegen Brey zur Zufriedenheit der Anfrager erledigt. Hingewiesen wurde noch darauf, daß alle Kollegen bestrebt sein müßten, sich ein Protokoll vom Verbandstag zu kaufen und tüchtig darin zu studieren. Damit war auch dieser Punkt der Tagesordnung erledigt. Ort und Zeit der Tagung der nächsten Konferenz wurde der Gauleitung überlassen mit dem Wunsch, daß die Konferenzen möglichst sofort nach dem Verbandstag abgehalten werden sollen. Auch wurde beschlossen, die Berichtszeit der Gauleitung mit dem Kalenderjahr zusammenfallen zu lassen. Unter Punkt „Verschiedenes" wurde den Delegierten empfohlen, überall dahin zu wirken, daß zur Förderung der Agitation Mittel flüssig gemacht werden in Form von Lokalzuschlägen. Ein Antrag, Krefeld in der Verwaltung von Uerdingen zu trennen, wurde abgelehnt, da es statutgemäß nicht zulässig sei.

Pfaff, Küppersteg.

Streiks und Lohnbewegungen.

— **Streiks und Aussperrungen** bestehen in Nieder-Ramstadt-Eberstadt bei Darmstadt (Papierfabrik Illig), Mannheim-Friedrichsfeld (Steinzeugwarenfabrik), Meißen (Tongruben), Sandbach im Odenwald (Gummifabrik).

Zuzug nach den angeführten Orten ist streng fernzuhalten.

— **Köln-Dellbrück.** In der Fabrik für feuerfeste Steine von Möhl u. Ko. haben am Mittwoch, dem 2. Oktober, sämtliche frei organisierten Arbeiter die Arbeit niedergelegt. Die Arbeiter stehen in einer Lohnbewegung. Auch schien es, als ob die Firma eine Einigung mit ihren Arbeitern wollte. Jedoch im letzten Moment entließ sie drei unsrer Vertrauensleute, worauf die Arbeiter den Abwehrkampf beschlossen. Die Christlichen arbeiten, ihren Grundsätzen gemäß, weiter. Vor Zuzug wird gewarnt.

— **Stuttgart-Kannstatt.** In der Zuckerfabrik Münster a. d. N. reichten unsre Mitglieder durch die Verbandsleitung Lohnforderungen ein. Anfänglich lehnte die Firma jede Verhandlung mit letzterer ab. Durch die musterhafte Haltung der Arbeiterausschußmitglieder gelang es aber, solche zu bekommen; den Schlußverhandlungen konnte sogar ein Vertreter des Hauptvorstandes beiwohnen. Erzielt wurde für ca. 190 Beschäftigte eine Verkürzung der Arbeitszeit an allen Vortagen vor Sonn- und Festtagen um 2 Stunden unter voller Bezahlung, Erhöhung der bestehenden Stundenlöhne um 1 bis 2 Pf. pro Stunde, Einführung von Urlaub unter voller Bezahlung, und zwar nach 1 Jahr 1 Tag, steigend um jedes weitere Jahr um 1 Tag bis zu 5 Tagen, Auszahlung des sogenannten Septembergeldes in halbjährlichen Raten. (Früher gelangte dieses nur alljährlich zur Auszahlung, und zwar in der ersten Lohnwoche im September.) Weiter wurden aber fast alle allgemeinen Forderungen, Bezahlung von Ueberarbeit usw., bewilligt. Ohne Uebertreibung wird von den Lohn- und Arbeitsbedingungen jetzt gesagt werden können, daß diese zu den besten in der Zuckerindustrie gehören, und werden unsre Mitglieder alles daran setzen, das Errungene zu halten und zu verbessern. Der Arbeiterschaft andrer Zuckerfabriken müßte aber auch allmählich zum Bewußtsein kommen, daß es nur einer starken Organisation möglich sein kann, ihre Interessen zu vertreten, daß nur eine solche den an und für sich gut organisierten Arbeitgebern dieses Industriezweiges, welcher gerade in den letzten Jahren außerordentlich gut rentierte, Lohnerhöhungen und Verbesserungen der Arbeitsverhältnisse abtrotzen kann, damit endlich einmal die Zeit kommen möge, daß die Arbeitgeber der besseren Lohnen Betriebe sich bei den Verhandlungen nicht auf die Zustände in den schlechter entlohnten Betrieben berufen können. An der Beseitigung dieses Mißstandes mitzuarbeiten, wird die Aufgabe eines jeden Arbeiters in der Zuckerindustrie sein müssen! Deshalb gilt für sie alle nur die eine Parole: Hinein in den Fabrikarbeiterverband! Dort werden eure Interessen gewahrt!

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Mit dem Versand des Protokolles vom 11. Verbandstage ist begonnen worden. Damit die Auflage restlos abgesetzt werden kann, ist es erforderlich, daß die Zahlstellen, welche noch keine Bestellungen aufgegeben haben, umgehend angeben, wieviel Exemplare sie gesandt haben wollen.

Der Preis des Protokolls ist 15 Pf. pro Exemplar.

Unverkaufte Exemplare werden weder zurückgenommen noch der Preis abgerechnet.

Da es erforderlich ist, daß jedes Mitglied sich über die Beschlüsse und die Beratungen des Verbandstages unterrichtet, so ersuchen wir die Bevollmächtigten, auf das Erscheinen des Protokolls in den Versammlungen und durch die Hilfskassierer und Vertrauensmänner aufmerksam zu machen, damit zahlreiche Bestellungen erfolgen.

Die Berichte über im Jahre 1912 beendete Lohnbewegungen sowie die Abschriften von abgeschlossenen Tarifverträgen sind, soweit das noch nicht geschehen, sofort an den Vorstand einzusenden. Die sofortige Einsendung ist nötig, wenn die Statistik über die Lohnbewegungen und Streiks des Jahres 1912 rechtzeitig erscheinen soll.

Schlußberichtformulare sind, falls nicht vorhanden, vom Vorstand abzufordern.

Unterstützungskasse.

Am 1. Oktober 1912 ist die vom Verbandstag beschlossene Unterstützungskasse für die Verbandsfunktionäre in Kraft getreten. Das Statut ist im Protokoll des Verbandstages Seite 191/192 enthalten. Als Beitrag haben die Zahlstellen 5 Pfennig pro Mitglied und Jahr an die Hauptkasse zu entrichten. Der Betrag ist jährlich im voraus zu entrichten. Die Einsendung des Beitrages ist gleichbedeutend mit Anmeldung und Aufnahme der Zahlstelle in die Kasse. Zahlstellen, die den Beitrag nicht bis spätestens 1. November einsenden, haben keinen Anspruch an die Kasse.

Als Grundlage der Beitragsleistung gilt die Mitgliederzahl am Schlusse des 3. Quartals 1912. Der Betrag für das Jahr 1912/13 ist **gesondert** an den Kassierer Fritz Bruns einzusenden, und darf mit der Abrechnung nicht verquickt und nicht an die G.E.G. gesandt werden. Wird das Geld gleichzeitig mit andern Beträgen eingesandt, dann muß der Zweck ausdrücklich angegeben werden.

Der Vorstand.

Vom 1. Oktober an gingen bei der Hauptkasse folgende Beiträge ein:

Bergedorf 3000,—. Berlin 3000,—. Bremen 3000,—. Dresden 2793,88. E. 507,—. Köthen 710,34. Kolditz 340,08. Elsterwerda 333,60. Freienwalde 280,14. Althaldensleben 277,90. Weferlingen 258,14. Egeln 248,—. Driesen 246,74. Torgau 172,46. Heidingsfeld 162,41. Stadtilm 80,72. Körner 40,50. Freiburg i. Br. 6,—. Plauenscher Grund 1865,41. Eisenberg S.-A. 500,—. Eßlingen 296,64. Darmstadt —,50. Ziegenhals —,45. Minden i. Westf. 155,72. Ebersdorf 800,—. Schötmar 347,53. Löcknitz 321,80. Jaßnick 252,86. Großenhain 246,38. Neuhaldensleben 242,53. Olbernhau 223,54. Woldegk 218,72. Bamberg 197,63. Kl.-Krotzenburg 150,92. Klötze 90,76. Puppen 27,51. Viersen 15,40. Geesthacht 502,25. Wittenberg (Bez. H.) 224,—. Ludwigshafen 150,—. Annaburg 662,21. Heegermühle 517,93. Schöningen 449,43. Osterholz-Scharmbeck 407,01. Grimma 350,68. Greifenhagen 296,39. Münchritz 279,76. Nossen 270,85. Maudach 181,47. Reichenau 161,88. Erlangen 107,95. Wriezen 68,—. Tennstedt 52,17. Exin 51,95. Schroplau 27,24. Waltershausen 2,50. St. 1,12. Mannheim 2500,—. Chemnitz 900,—. Freiburg in Br. 230,—. Zeitz 746,65. Eberswalde 709,16. Kalbe a. S. 605,59. Thale a. H. 600,—. Afeld a. d. L. 250,—. Frankfurt a. d. O. 225,24. Eythra 173,48. Neustadt b. K. 165,93. Mülhausen 162,37. Warin 158,82. Glauchau 137,42. Kö[illegible] 85,40. Kaufbeuren 58,09. Höchst a. M. 20,—. Nürnberg 8,50. Chemnitz 6,—. Wien —,55. Braunschweig 12 854,55. Bitterfeld 4147,73. Ludwigshafen 1450,—. Hirschberg i. Schl. 1000,—. Freiwaldau 482,34. Eisenberg (S.-A.) 400,—. Lauenburg a. E. 600,—. Mügeln b. D. 493,08. Oderberg i. d. M. 450,—. Leisnig 397,43. Tommitzsch 362,83. Küppersteg 329,88. Oschatz 154,—. Woldenberg 85,83. Züllichau 42,50. Berlinchen —,58. Flensburg 4607,64. Kiel 3746,83. Fürth 2108,84. Dessau 1393,08. Königsberg i. Pr. 461,10. Gerabronn 208,42. Exten 81,40. Rinteln 23,68. Schkeuditz 1304,86. Sonneberg (S.-M.) 800,—. Wedel i. H. 748,62. Freiberg i. S. 739,59. Landsberg a. d. W. 721,67. Erfurt 674,60. Penig 669,40. Pries 616,99. Ansbach 529,46. Bielefeld 510,56. Riesa a. E. 432,97. Strehla 343,55. Schweidnitz 321,50. Hartha 301,72. Groitzsch 298,42. Schwedt 254,73. Waldheim 227,92. Hönningen 183,90. Baireuth 162,93. Sonneberg (S.-M.) 164,17. Tittersbach 159,74. Leer i. Ostf. 158,30. Altrip 138,22. Greiffenberg i. Schl. 127,20. Treuenbrietzen 115,96. Solingen 93,96. Fürstenwalde 84,66. Metz 88,15. Lemgo 79,90. Grünberg i. Schl. 28,02. Schmiedeberg (Bez. H.) 19,19. Tilsit 11,—. Mainz 5,—. Laupheim 2,19.

Die Abrechnung für das 3. Quartal 1912 haben eingesandt:

Jaßnick, Freienwalde, Driesen, Münchritz, Egeln, Klötze, Bitterfeld, Ziegenhals, Bamberg, Neustadt b. Koburg, Viersen, Flensburg, Stadtilm, Wittenberg, Althaldensleben, Olbernhau, Minden, Puppen, Mülhausen i. E., Exin, Erlangen, Woldegk, Wriezen, Heegermühle, Annaburg, Neuhaldensleben, Gerabronn, Fürth, Reichenau, Zeitz, Maudach, Greifenhagen, Körner, Tennstedt, Braunschweig, Waltershausen, Schöningen, Warin, Freiwaldau, Kiel, Korbach, Kaufbeuren, Stettin, Tangermünde, Kalbe, Oschatz, Harburg, Frankfurt a. d. O., Eberswalde, Tommitzsch, Leisnig, Dessau, Berlinchen, Schötmar, Breslau, Königsberg, Schweinfurt, Klein-Krotzenburg, Kassel, Kolditz, Baireuth, Küppersteg, Exten, Rinteln, Züllichau, Woldenberg, Oderberg i. M., Osterholz-Sch., Groitzsch, Lehrte, Schönebeck a. E., Penig, Erfurt, Elsterwerda, Greiffenberg i. Schl., Hartha, Köthen, Laupheim, Mannheim, Waldheim, Schkeuditz, Koswig in Anhalt, Hildesheim, Riesa, Ansbach, Schweidnitz, Grimma, Eythra, Bielefeld, Schmiedeberg b. H., Metz, Glückstadt, Schwedt a. O., Solingen, Hönningen, Pries, Eisenberg (S.-A.), Nossen, Weißwasser, Löcknitz, Grünberg, Höchst, Aschersleben.

An Versicherungsbeiträgen gingen ein:

Hanau 18,—. Woldegk 9,70. Magdeburg 176,60. Ludwigshafen 150,—. Bitterfeld 58,75. Waltershausen 56,75. Nürnberg 252,—. Glauchau 6,50. Zerbst 24,55. Wittenberg (Bez. H.) 15,15. Tommitzsch 5,50. Exten 4,30. Rinteln —,40. Mainz 92,25. Sonneberg (S.-M.) 21,10. Bielefeld 15,—. Strehla 9,—. Altrip 2,10. Metz 1,20.

Schluß: Montag, 7. Oktober, mittags 12 Uhr.

Fr. Bruns, Kassierer.

Zustimmung zur Erhebung von Lokalbeiträgen

erhielt die Zahlstelle

Mölkenbeck. 5 Pf. pro Woche und Mitglied.

Brieg. 10 Pf. pro Woche für männliche Mitglieder, 5 Pf. pro Woche für weibliche Mitglieder.

Verlorene und für ungültig erklärte Bücher und Karten.

Buch-Nr.	Name des Mitgliedes	Geburtsdatum	Eintrittsdatum	Eingetreten in
361608	Hermann Koch	21. 3. 83	22. 3. 09	Leipzig
447784	Michael Brem	21. 1. 88	22. 10. 11	Gmünd
396726	Otto Walter	5. 7. 79	4. 12. 04	Staßfurt
435309	Johann Hegele	10. 7. 78	2. 8. 10	Höchst a. M.
4115[illegible]	Alfred Richter	31. 3. 80	20. 3. 03	Meißen
397260	Wilh. Schleu	8. 2. 87	10. 10. 05	Nauen
413187	Gustav Vahldieck	—	8. 11. 98	Egeln
273344	Otto Gürmann	—	15. 3. 08	Rathenow
292059	Wilhelm Weiß	13. 7. 81	4. 8. 12	Oldenburg
369947	Fritz Kiens	—	24. 4. 08	Oderberg
360577	Andreas Wichert	26. 10. 71	18. 8. 07	Itzehoe
Karten-Nr.				
192669	Friedrich Bernhardt	6. 7. 82	21. 9. 11	Reichenbach
251243	Frida Stieblich	24. 8. 93	29. 4. 12	Berlin
270611	Otto Passenheim	4. 4. 92	26. 4. 12	Königsberg
253799	Wilhelm Hürter	8. 11. 86	1. 9. 12	Krefeld
209895	Wilhelm Wenzel	—	29. 10. 11	Bützow
131750	August Schulze	25. 10. 68	24. 3. 12	Nienburg (W.

Verschmolzen

haben sich die Zahlstellen:

Schulitz mit **Bromberg.**
Körner mit **Mühlhausen i. Th.**

Ausgeschlossen

wurden die Mitglieder der Zahlstellen

Bremen. Otto Danzig, Buch-Nr. 370196.
Hamburg. Franz Nawroz, Buch-Nr. 282814.
Hamburg. Stanislaus Matusczak, Buch-Nr. 282879.

Neue Adressen und Adressen-Aenderungen.

Bromberg. Artur Rosenke, Klein Bartelsee, Chausseestr. 34.

Dortmund. Reiseunterstützung im Gewerkschaftsgaue, Bureau der Transportarbeiter, von 10 bis 12 und von 6 bis 8 Uhr.

Itzehoe. Johann Wählert, Schützenstr. 1.

Merseburg. Kurt Kuhn, Oberbreitestraße 21.

Pforzheim. August Bauer, Ringstr. 25.

Tilsit. 1. Bevollmächtigter: Friedrich Pöhls, Raaniter Straße 52. Geschäftsführer: Emil Götze. Bureau: Stolbecker Straße 3, Flügel links. Telephon 616.

Weimar. Reiseunterstützung bei Gustav Reinert, Berniqstraße 22.

Witten a. Ruhr. Karl Bodes, Röhrchenstr. 41, 3. Etg.

Worms. Friedrich Althammer, Schlossergasse 22, Reiseunterstützung im Bureau: Gaustr. 20 von 7½ bis 8½ Uhr abends.

Beilage zum Proletarier

Nummer 41 — Hannover, 12. Oktober 1912 — 21. Jahrgang

Chemische Industrie

Die Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie im Jahre 1911.

I.

Der Bericht der Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie weist für das Berichtsjahr 1911 eine Zunahme der Betriebe von 8887 auf 8984 auf. Die Zunahme betrug: 1910 2,1 Prozent, 1911 nur 1,09 Prozent. Der Betriebszunahme von 1,9 Prozent steht eine Zunahme der Vollarbeiter von 222 530 auf 233 248 oder um 4,82 Prozent gegenüber. Die Zunahme der Vollarbeiter verteilt sich auf die einzelnen Sektionen wie folgt:

Sektion	Zahl der Vollarbeiter 1911	Zunahme absolut	Zunahme in Prozenten 1911
I (Berlin)	27 495	855	3,2
II (Breslau)	10 853	300	0,3
III (Hamburg)	39 365	2326	6,3
IV (Köln)	43 864	2571	6,5
V (Leipzig)	38 019	1947	5,4
VI (Mannheim)	31 336	446	1,4
VII (Frankfurt a. M.)	28 599	1494	5,5
VIII (Nürnberg)	13 777	909	7,1

Die Zahl der Einzelarbeiter betrug 447 897 gegen 397 660 im Jahre 1910. Der starke Arbeiterwechsel hat also nicht nur angehalten, er ist sogar gestiegen. Im Jahre 1910 betrug der Wechsel 170 Prozent, 1911 aber 192 Prozent. Nach den Sektionen betrachtet, betrug der Arbeiterwechsel in der Sektion Berlin 213 Prozent, Breslau 181 Prozent, Hamburg 198 Prozent, Köln 207 Prozent, Leipzig 184 Prozent, Mannheim 163 Prozent, Frankfurt am Main 271 Prozent und Nürnberg 220 Prozent.

Die Zahl der versicherten Personen (Vollarbeiter, freiwillig versicherte Unternehmer, Betriebsbeamte mit über 6000 Mark Einkommen, Kontorbeamte und zwangsversicherte Unternehmer) stieg von 230 252 auf 241 270. Unter Hinzurechnung der kollektivversicherten Personen beträgt die Zahl aller Versicherten 241 470.

Die an sämtliche versicherten Personen gezahlten Löhne und Gehälter betrugen 294 321 133 Mk. Davon entfielen auf

die versicherungspflichtigen Arbeiter und Betriebsbeamten	279 282 252 Mk
die freiwillig versicherten Betriebsunternehmer	565 631 „
die freiwillig versicherten Betriebsbeamten mit über 6000 Mark Jahreseinkommen	7 733 784 „
die freiwillig versicherten Kontorbeamten	6 456 361 „
der für die Kollektivversicherten in Anrechnung gebrachte Arbeitsverdienst betrug	283 105 „

Der Durchschnittsverdienst der einzelnen Gruppen gestaltete sich seit 1907 folgendermaßen:

Es betrugen die Durchschnittslöhne:

im Jahre	der freiwillig versicherten: Unternehmer Mk.	Betriebsbeamten mit über 6000 Mk. Jahreseinkommen Mk.	Kontorbeamten Mk.	der versicherungspflichtigen Arbeiter u. Betriebsbeamten bis 3000 Mk. Jahreseinkommen (Vollarbeiter) Mk.	aller versicherten Personen Mk.
1907	5730,52	10 688,10	2175,90	**1108,37**	1125
1908	5911,—	10 520,54	2133,70	**1122,91**	1148
1909	6075,65	10 355,76	2085,24	**1135,13**	1156
1910	6788,50	10 555,03	2136,40	**1161,91**	1182
1911	6243,—	10 493,41	2130,—	**1197,30**	1219

Der Durchschnittslohn aller Versicherten hat im Jahre 1911 die Summe von 1200 Mk. überschritten. Mit diesen Durchschnittszahlen wird in der Oeffentlichkeit renommiert. In Wirklichkeit sind in diesen Durchschnittslohn die Gehälter der freiwillig versicherten Unternehmer, Betriebs- und Kontorbeamten enthalten. Der aus dem Zahlenmaterial zu errechnende Durchschnittslohn der Arbeiter betrug 1911 nicht 1219 sondern 1197 Mk. Aber auch dieser Durchschnittslohn würde, wenn es möglich wäre, die Gehälter der versicherungspflichtigen Betriebsbeamten (Meister, Betriebschemiker, Aufseher, Techniker usw.) abzuscheiden, noch eine wesentliche Reduzierung erfahren.

Bei Besprechung des Jahresberichts aus 1910 haben wir eine Tabelle der Durchschnittslöhne, nach Sektionen geordnet, angeführt. Wir wollen auch für 1911 die Tabelle einfügen, damit die Mitglieder jederzeit für die Sektion, der sie gerade angehören, die einschlägigen Durchschnittslöhne zur Hand haben. In Berechnung gezogen sind nur die Löhne der Vollarbeiter (versicherungspflichtige Betriebsbeamte bis 3000 Jahreseinkommen und Arbeiter).

Es betrug das Durchschnittseinkommen pro Vollarbeiter:

in Sektion	im Jahre 1909 Mk.	im Jahre 1910 Mk.	im Jahre 1911 Mk.	gegen 1910 mehr in Prozenten
I (Berlin)	1090,67	1116,06	1156,50	3,7
II (Breslau	876,92	891,42	915,70	7,1
III (Hamburg)	1210,80	1241,46	1276,70	2,8
IV (Köln)	1201,52	1226,98	1262,90	2,9
V (Leipzig)	1062,26	1079,84	1111,90	2,9
VI (Mannheim)	1204,90	1228,22	1264,80	3,4
VII (Frankfurt a. M.	1203,43	1243,20	1278,10	2,9
VIII (Nürnberg)	924,65	943,19	978,50	3,7
Durchschnitt	1135,13	1161,91	1197,30	3,2

Unter dem allgemeinen Durchschnittslohn von 1197 Mk. bleiben die Sektionen: Berlin, Leipzig, Nürnberg und Breslau. Eine Steigerung der Löhne ist in allen Sektionen zu verzeichnen; die Sektion Breslau weist den höchsten Steigerungssatz auf. Bei den schlesischen Jammerlöhnen tut aber eine noch stärkere Steigerung dringend not. Die durchschnittliche Lohnsteigerung beträgt 3,2 Proz. Ueber diesen Satz hinaus stiegen außer der Sektion Breslau noch die Sektionen Berlin, Nürnberg und Mannheim. Natürlich reichen diese minimalen Steigerungssätze keineswegs aus, für die gesteigerten Nahrungsmittelpreise einen Ausgleich zu schaffen.

Interessieren dürfte unsre Mitglieder, welche Sektion die gefährlichsten Betriebe aufweist. Der Nachweis läßt sich führen durch die Gefahrenziffer, nach der die Betriebe zur Zahlung ihrer Beiträge veranlaßt werden. Für das Jahr 1911 ergab sich eine durchschnittliche Gefahrenziffer von 9,17 für alle genossenschaftlichen Betriebe. Ueber diese Durchschnittsgefahrenziffer hinaus kamen die Sektionen Breslau mit 12,42, Köln mit 10,10, Leipzig mit 9,82 und Nürnberg mit 9,55.

Der durchschnittliche Jahresbeitrag sank pro versicherte Person von 19,17 auf 18,34 Mk. Da unsre chemischen Scharfmacher immer über die erhebliche soziale Belastung klagen, so haben wir uns der Mühe unterzogen, zu berechnen, wie hoch der Betrag ist, der auf den Stundenlohn des Arbeiters entfällt. Es ergibt sich für die Unfallversicherung die horrende Summe von — 0,6 Pf.

Die Unfallentschädigungen erreichten 1911 die Höhe von 3 179 308 Mk. Der größte Teil davon, 2 194 131 Mk., entfällt auf die an Verletzte gezahlte Rente. Die Zahl der Rentenempfänger sank von 13 345 auf 13 145. Zur Anmeldung gelangten 13 993 Unfälle gegen 13 006 im Jahre 1910. Davon waren 1842 (1642) Unfälle gemeldet, die weniger als drei Tage Erwerbsunfähigkeit zur Folge hatten, also nach dem Gesetz nicht anmeldepflichtig waren. Dann wurden außerdem nach näherer Prüfung 369 (407) Unfälle nicht als Betriebsunfälle anerkannt. Von den verbleibenden 11 783 Unfällen wurden 9965 in den ersten 13 Wochen zur Heilung gebracht, so daß 1818 (1776) Unfälle, darunter 151 (124) Todesfälle, als entschädigungspflichtig zu gelten hatten. Auf tausend versicherte Personen entfielen 57,95 (56,44) gemeldete Unfälle; davon waren 7,52 (7,71) entschädigungspflichtig.

Ueber die Folgen der Unfälle bei den einzelnen Arbeitsverrichtungen informiert uns folgende Tabelle:

Die Unfälle ereigneten sich bei	Zahl der Unfälle überhaupt 1910	1911	Von 100 Unfällen waren entschädigungspflichtig 1910	1911	Von 100 entschädigten Unfällen waren tödlich 1910	1911
Motoren	44	58	9	8,6	25	20
Transmissionen	136	133	36	28	14	19
Arbeitsmaschinen	1169	1343	22,3	21,4	3	1
Hebemaschinen	270	277	16,4	26	6,8	8,2
Dampfkesseln, Kochapparaten	57	52	30,5	19	33	60
Sprengstoffen	77	95	36,3	46	46,5	66
feuergefährlichen, heißen und ätzenden Stoffen	2102	2347	11	10	15	13,6
Zusammenbrüchen	991	1024	14	12,2	7,7	7,2
Fall durch Luken, von Leitern	1731	1857	16,2	13,6	5,9	4
Auf- und Abladen mit der Hand	2187	2584	9	9,2	1,5	3,9
Verschiedene Ursachen	2176	2072	11,6	11,6	3,5	6,6

Die schwersten Unfallfolgen ergaben sich bei der Arbeit an Transmissionen, Dampfkesseln und Kochapparaten, bei der Herstellung von Sprengstoffen und an Arbeitsmaschinen. Die meisten Unfälle mit Todesfolge weist die Arbeit an Motoren, Dampfkesseln und Dampfkochapparaten und mit Sprengstoffen auf. Für das Jahr 1911 ergibt sich bei den letztgenannten Positionen eine ganz enorme Steigerung der Todesfälle.

Nach Tagen gruppiert ereigneten sich 2,68 Prozent der Unfälle Sonntags, 15,77 Prozent Montags, 15,92 Prozent Dienstags, 16 Prozent Mittwochs, 15,32 Prozent Donnerstags, 15,45 Prozent Freitags und 16,88 Prozent Sonnabends.

Der Kampf zur Erlangung der Unfallrente sei mit einigen Zahlen angedeutet. Die Zahl der erlassenen berufungsfähigen Entscheide betrug 1911 5919. Die Zahl der Berufungen betrug 1318. Rekurs wurde durch die Unfallverletzten 640 mal, durch die Berufsgenossenschaft 129 mal eingelegt. Bei den Berufungsklagen stieg die Zahl der abgelehnten Ansprüche von 60 auf 63 Prozent, bei den Rekursen der Verletzten sanken die Ablehnungen von 54 auf 46 Prozent, bei den Rekursen der Unternehmer von 41 auf 27 Prozent. Es ergibt sich daraus einerseits, daß die Rekurse der Arbeiter in steigendem Maße berechtigt waren und anderseits, daß die Berufsgenossenschaft für alle nur Erfolg versprechenden Streitfälle Rekurs anmeldet. Erfreulicherweise hat in diesen Fällen die Mehrzahl der Rentenansprüche der Arbeiter Anerkennung erfahren. B.

× **Unfälle.** Im Versuchslaboratorium der Anilinfabrik Treptow bei Berlin, Pharmazeutische Abteilung, ereignete sich am 1. Oktober eine bedauernswerte Explosion. Ein Glasrohr, sogenanntes Schießrohr, explodierte derartig, daß ein Chemiker und ein Arbeiter im Gesicht schwerverletzt wurden. Beide mußten das Krankenhaus aufsuchen. Wobei und wodurch die Explosion entstanden ist, kann nicht festgestellt werden.

Am 3. Oktober ereignete sich in der Anilinfabrik in Ludwigshafen ein gräßlicher Unglücksfall. Im Bau 183, Methylanilin, wurden elektrische Lampen verändert, wobei der 16 Jahre alte Joseph Schöneg vom Limburger Hof als Hilfsarbeiter beschäftigt war. Der Gehilfe hatte die Lampe bereits abgenommen und legte sie aus der Hand. Schöneg kroch auf der Pritsche ein wenig weiter, um zu sehen, wo die elektrische Leitung weiter angebracht werden kann. In diesem Augenblick wurde er von der Verkoppelung eines Transmissionsriemens an der Kapuze des Arbeitskittels erfaßt, mit herumgeschleudert und ihm die Knochen buchstäblich zerschlagen. Furchtbar verstümmelt, es waren ihm z. B. beide Beine unterhalb der Knie vollständig abgeschlagen und in Fetzen zerrissen, wurde er als Leiche aufgehoben. Unverständlich ist nur, warum die Arbeiter des elektrischen Betriebes an ihrer Arbeitskleidung Kapuzen tragen, die doch nur für Kesselreiniger bestimmt sind. In der Nähe von beweglichen Transmissionen müssen die Arbeiter mit enganliegender Bekleidung versehen sein, diese Leute tragen Kittel, an denen hinten Kapuzen herunterhängen und bieten so den Transmissionen Angriffsflächen.

× **Beide Augen verloren.**

In der chemischen Fabrik von Anton Deppe Söhne, Fabrik ätherischer Oele und chemischer Produkte in Billwärder bei Hamburg, ereignete sich vor einiger Zeit ein schwerer Unfall. In dem Autoklavenhaus war der Arbeiter Schwarze abends 8½ Uhr damit beschäftigt, die Lauge in einem Kessel vermittels einer Handkrücke umzurühren. Da sich um den Kessel ein großer Eisenverschlag befindet, hatte Schwarze eine in dem Verschlag befindliche Klappe geöffnet und vor den Kessel eine Holzkiste gestellt, um so besser mit der Handkrücke die Masse umrühren zu können. Als nun das der Masse zugesetzte kalte Wasser die am Boden des Kessels befindliche heiße Masse erreichte, brauste der Inhalt plötzlich auf. Der Kollege Schwarze wurde hierbei schwer im Gesicht und am ganzen Körper verbrüht. Auch der Hund des Fabrikanten, der sich im Raume befand, wurde so schwer verbrüht, daß man das Tier auf der Stelle durch einen Schuß tötete. Dem Kollegen Schwarze sind nunmehr infolge des Unfalls beide Augen ausgenommen worden, da eine Heilung ausgeschlossen war. Schwarze ist Familienvater, hat Frau und fünf unmündige Kinder zu ernähren. Der Unfall wäre wahrscheinlich vermieden worden, wenn der Arbeiter in genügender Weise instruiert worden wäre. Wäre die Masse vor dem Anheizen des Kessels in genügender Weise umgerührt worden, so daß auch das kalte Wasser den Boden des Kessels erreicht hätte, und der Kessel dann erst angeheizt worden, so wäre die Explosion nicht erfolgt. Seitens der Gewerbeinspektion ist nunmehr angeordnet worden, daß in dem Kessel ein mechanisches Rührwerk angebracht wird.

In der chemischen Fabrik von Franz Fritsche u. Ko. in Billwärder, in der ebenfalls ätherische Oele hergestellt werden, erfolgte ebenfalls im Autoklavenhaus eine Explosion. Der in Betracht kommende Autoklavenkessel diente zu Versuchszwecken; welches Produkt in dem Kessel enthalten war, als die Explosion erfolgte, konnte nicht festgestellt werden. Man nimmt an, daß ein Quantum Benzol darin enthalten war. Verletzt wurde niemand, da der den Kessel bedienende Arbeiter kurz vorher den Raum verlassen hatte. Sämtliche Fensterscheiben im Gebäude wurden zertrümmert.

× **Feuerbach-Stuttgart.** In den Vereinigten Chininfabriken Zimmer u. Co. führt Herr Dr. Hesse als Mitinhaber das Zepter. Dieser Herr gilt in den Augen der Arbeiterschaft als ein besonders arbeiterfreundlicher Arbeitgeber. Zur Hundertjahrfeier der Firma erhielt die Arbeiterschaft Auszeichnungen; bei Arbeiterjubiläen kann man sich nicht genug tun mit Ehrungen derselben usw. Daß alles dies aber vorsichtig zu bewerten ist, beweist wieder einmal ein Vorfall der letzten Zeit. In dem Betriebe bestehen zurzeit noch Lohnverhältnisse, die in Anbetracht der Rentabilität desselben und in Anbetracht der Lohnverhältnisse der ganzen Umgegend als äußerst karg bezeichnet werden müssen. Schon vor Jahren hatte sich die Arbeiterschaft einmal aufgerafft, sich zusammenzuschließen, um sich bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu schaffen. Aber die Arbeiterschaft dachte und Herr Dr. Hesse lenkte. Man verstand der Arbeiterschaft damals verständlich zu machen, „daß es keinen Zweck habe, wenn man sich organisiere". In eingehenden Darlegungen auf dem Bureau (nach Angabe verschiedener Beschäftigter) wurde der Unwert der Arbeiterorganisation den Arbeitern vor Augen geführt. Und Herr Dr. Hesse hatte Glück, er konnte den größten Teil seiner Getreuen überzeugen, die Organisation wurde bis zu einem guten Teil vernichtet. Die Arbeiterschaft ließ sich damals von dem Gesichtspunkte leiten, daß Herr Dr. Hesse ein arbeiterfreundlicher Arbeitgeber sei usw. Herr Dr. Hesse verstand aber sein Geschäft. Er schuf ein Gegengewicht für die nach höherem Lohn strebende deutsche Arbeiterschaft in seinem Betriebe; er stellte italienische Arbeiter und Arbeiterinnen ein, ausgehend wohl von dem Gedanken, wenn diese erst einmal eingearbeitet sind, kann ich durch diese die Lohngelüste der Deutschen niederringen. Und er hatte Glück damit. Als vor einigen Tagen die italienischen Arbeiterinnen eine Lohnzulage „erbaten", erhielten sie diese auch. Die deutschen Arbeiterinnen, die schon zum Teil 10 und mehr Jahre im Betriebe beschäftigt waren, glaubten mit demselben Recht ebenfalls um eine solche „bitten" zu dürfen. Sie sollten sich aber schwer getäuscht haben. Statt ihnen nur einen Pfennig zu geben, warf man sie aus der Fabrik hinaus. Das ist also der Lohn für die deutschen Arbeiterinnen, welche jahrelang mit emsigem Fleiß an der heutigen Stellung der Firma auf dem Wirtschaftsmarkte mitgearbeitet haben. Zum Teil unorganisiert, stehen sie da, keine Hilfe winkt ihnen von einer Organisation. Zu spät sehen sie den Fehler ein, den sie vor Jahren gemacht haben. Alle aber, die noch drinnen in der Fabrik in Arbeit stehen, mußten zusehen, wie ihre Mitarbeiterinnen wegen der Bitte um Lohnerhöhung auf die Straße gesetzt wurden, und sie konnten und durften sich nicht dagegen wenden, weil sie ebenfalls — unorganisiert sind, weil sie durch ihre Interessenlosigkeit dem Arbeitgeber auf Gnade und Ungnade unterworfen sind. Allen chemischen Fabrikarbeitern von Feuerbach mag dieser Vorgang ein mahnendes Beispiel dafür sein, zu erkennen, daß die vielgepriesene Arbeiterfreundlichkeit der Arbeitgeber eitel Wahn ist, daß man rücksichtslos gegen jeden vorgeht, der im Geruche der Begehrlichkeit steht. Arbeiter und Arbeiterinnen der chemischen Industrie von Feuerbach, macht es wie eure Arbeitgeber. Jene schufen sich schon 1877 ihre Organisation zur „Wahrung der Interessen der chemischen Industrie". Organisiert euch Mann für Mann, nur dann werdet ihr in der Lage sein, solche Machtgelüste der Brotherren zurückzuweisen.

× **Meerane i. Sachs.** In der Chemischen Fabrik Dr. Hoffmans Nachf. scheinen sich Zustände einbürgern zu wollen die nichts weniger als vorbildlich sind, und die teilweise eine erhebliche Gefährdung der Arbeiter darstellen. So wird beim Maschinenputzen, wenn die Maschine wieder angelassen wird, kein Zeichen gegeben, so daß die Arbeiter stets in Gefahr sind, einmal ins Getriebe zu kommen. Der Fahrstuhl bedarf einer gründlichen Reparatur. Obwohl derselben nur zum Transport der Waren zulässig ist, muß immer ein Mann mitfahren weil er nicht mehr selbständig ausrückt. Die vorhandenen Schutzbrillen würde man überhaupt nicht als solche ansehen, wenn man nicht wüßte, daß es Schutzbrillen sein sollen. Die neue Oelanlage läßt auch viel zu wünschen übrig da sämtliche Schutzvorrichtungen fehlen. Es wäre angebracht, daß die Gewerbeinspektion einen Blick in diesen Betrieb werfen und eine gründliche Beseitigung dieser Mißstände bewerkstelligen würde. Noch besser wäre es, die Betriebsleitung würde es nicht erst dazu kommen lassen, sondern unsre Hinweise zum Anlaß nehmen, die gerügten und noch einige andre Mißstände zu beseitigen.

Zement- und Ziegel-Industrie

Zum Kampagneschluß.

Die Ziegelei-Kampagne ist nun, mit geringen Ausnahmen, beendet. Obwohl die diesjährige Geschäftslage der Ziegelindustrie als allgemein günstig zu bezeichnen ist, so hat der Kampagneschluß in einzelnen Bezirken doch schon im Monat August eingesetzt. Die ungünstige Witterung im August und September hat dann diesen frühzeitigen Kampagneschluß, besonders in den Handstrichbetrieben, noch wesentlich gefördert. Damit ist wiederum für Hunderttausende von Arbeitern die Erwerbsquelle versiegt.

Bei einer der Arbeitsleistung entsprechenden Bezahlung müßte die Beendigung der Kampagne bei den Arbeitern ein Gefühl der Erleichterung auslösen, denn nun soll ja für sie die „Zeit der Erholung" anbrechen. Statt dessen beginnt für sie die Zeit erhöhter Sorge und verschärfter Entbehrung. Sie, die sich während der Kampagne täglich bis 12 und mehr Stunden bei Staub, Schmutz und Hitze quälten, haben auch jetzt noch keine Zeit, müde zu sein, denn der Verdienst war trotz aller Plackerei und Schufterei zu knapp, um nennenswerte Ersparnisse für den Winter zu machen; wenn sie heute nicht arbeiten, klopft schon morgen die Not an die Tür. So wird denn versucht, in Fabriken, in Land- und Forstwirtschaft und sonstigen Betrieben für den Winter oder doch für einige Wochen Unterschlupf und Verdienst zu finden. Wohl dem, dem dies gelingt. Gelingt es nicht, dann sind die paar zusammengedarbten Spargroschen bald aufgebraucht, mag der Brotkorb noch so hoch gehängt und auf alle Freude verzichtet werden. Die dann in der Regel eintretende Entbehrung ist aber durchaus nicht geeignet, klar denkende, willensstarke Naturen zu schaffen, die bereit sind, an der Beseitigung dieser Zustände mitzuarbeiten, sondern unterwürfige Elemente, die

im Frühjahr wiederum billig und willig ins Joch kriechen, sind das Ergebnis. Und so geht denn der Kreislauf von Arbeit und Entbehrung Jahr für Jahr weiter, zum Wohle der Ziegeleiherren.

Diese für die Ziegeleiarbeiter beschämenden Verhältnisse zeigen durch die fortschreitende technische Entwicklung eine ständige Verschärfung. Die Maschinen schalten nicht nur jährlich Tausende von Arbeitskräften aus, sie ermöglichen auch eine Verkürzung der Kampagne, wodurch eine Steigerung der Konkurrenz der Arbeiter unter sich und eine Einschränkung der Arbeitsgelegenheit erfolgt. Die Produktion, die vor zwei Jahrzehnten in der Zeit von März bis November die Anspannung aller nur habhaften Arbeitskräfte 15—16 Stunden täglich erforderte, wird heute mit halber Kraft und in der Hälfte der Zeit erledigt. Und diese Entwicklung steht nicht still, sie schreitet weiter. Soll sie den Arbeitern aber nicht noch mehr zum Schaden gereichen, so dürfen auch diese nicht stillstehen, sondern sie müssen mit der Entwicklung gleichen Schritt halten, indem sie nach Verkürzung der Arbeitszeit und nach auskömmlichem Arbeitslohn drängen. Die Verkürzung der Arbeitszeit gebietet der Ausschaltung der menschlichen Arbeitskraft Halt und ermöglicht eine Ausdehnung der Kampagne. Damit verschwindet ein beträchtlicher Teil der heutigen Schmutzkonkurrenz unter den Arbeitern, eine Erhöhung der Löhne setzt sich leichter durch, wie auch die Ausdehnung der Kampagne eine Erhöhung des Einkommens bewirkt. Zur Verwirklichung dieser Forderungen bedarf es aber einer starken einheitlichen Organisation der Ziegeleiarbeiter, die fähig und willens ist, den Bestrebungen der Ziegeleibesitzer wirksam entgegenzutreten.

Diese Bestrebungen sind besonders in der verflossenen Kampagne kraß in Erscheinung getreten. Gelegentlich der „christlich-nationalen Lohnbewegung", die von dem lippischen Zieglergewerkverein und dem Zentrums-Keramarbeiterverbändchen einzuleiten versucht wurde, leisteten die Ziegeleibesitzer in der Verhöhnung der Ziegeleiarbeiter wirklich Großes. Die geforderte Lohnerhöhung wurde mit dem Hinweis abgelehnt, daß die Geschäftslage eine solche nicht zuließe, ferner, daß die Ziegeleiarbeiter eine Lohnerhöhung nicht brauchten, weil sie sich durch die „billigen Wohnungen" und die „billige Kost" wirtschaftlich besser ständen als andre Arbeiter, und dann, daß die Ziegeleiarbeiter eine Lohnerhöhung auch gar nicht wollten, da sie bis heute in ihrer übergroßen Mehrheit jeder Organisation fernständen. Die Einführung der 14tägigen Kündigungsfrist wurde mit der Begründung abgelehnt, daß dadurch das Interesse der Akkordmeister geschädigt würde, und den Schrei nach menschenwürdigen Wohnverhältnissen in den Ziegeleien fertigte man mit der höhnischen Ausrede ab: Wohnung und Waschgelegenheit seien eine Art Wohlfahrtseinrichtung, die zu stellen der Ziegeleibesitzer nicht verpflichtet sei.

Die Ziegeleibesitzer, die sich bei der Organisationslosigkeit der Arbeiter als Herren der Situation fühlen, ließen es bei dieser Verhöhnung aber keineswegs bewenden, sie trafen auch Maßnahmen, um ihre Herrschaft für die Zukunft zu festigen. Die Einführung einheitlicher Entlassungszeugnisse, die als Uriasbriefe bei solchen Arbeitern wirken sollen, die sich nicht aller Herrenwillkür demütig unterwerfen, die Errichtung von Arbeiterwohnhäusern, um die Arbeiter nebst Familien zu Betriebssklaven zu machen, die Gründung von „Vaterländischen Ziegeleiarbeitervereinen", um eine aktive Schutztruppe des Geldsacks zu haben, die Einführung von Prämien, die den Arbeiter gefügiger machen und gleichzeitig als Antreibemittel dienen sollen, diese und ähnliche Pläne, die schon teilweise in der Ausführung begriffen sind, sollen den vorhandenen Ansätzen der Ziegeleiarbeiter-Organisation entgegenwirken, damit die „Ziegeleiherren" immer oben und die „Ziegeleiknechte" immer unten bleiben.

Die organisationslose Masse der Ziegeleiarbeiter ist natürlich gegenüber diesen Plänen des organisierten Ziegeleikapitals vollständig wehrlos; zu deren Durchkreuzung bedarf es eines einheitlichen zielbewußten Vorgehens aller Kräfte. Die Absplitterung nach religiöser oder gar nationaler Anschauung bildet dabei einen Akt der Selbstschwächung, der gegenüber dem geeinten Gegner durch nichts zu rechtfertigen ist. Wie übrigens derartige Splitterorganisationen von den Ziegeleibesitzern bewertet werden, hat sich recht drastisch bei der diesjährigen „christlich-nationalen Lohnbewegung" gezeigt. Die beiden oben genannten Korporationen, die bei jeder Gelegenheit betonen, daß sie treu zu Kaiser und Reich stehen, die mit Kriegshetzern und Brotwucherern Arm in Arm gehen, die den Scharfmachern stets den Schleifstein drehen, die bei jeder Zusammenkunft sich nach oben anzubiedern versuchen, sie erhielten trotz ihrem wohlgefälligen Verhalten von den Ziegeleibesitzern einen derben Fußtritt, als sie es wagten, einige Pfennig Lohnerhöhung zu fordern. Höhnend wurde ihnen erklärt, daß sie aus Mangel an Mitgliedern gar nicht das Recht haben, sich als Vertreter der Ziegeleiarbeiter aufzuspielen und daß man im Falle eines Streiks leicht mit ihnen fertig werde, da es ihnen ja auch am nötigen Kleingeld fehle. All das fromme Händefalten, das Anbeten und Anbetschieren von Landesvätern und was sonst noch zur Tätigkeit der „christlich-nationalen" Arbeiterbewegung gehört, hat es also nicht vermocht, den Ziegeleibesitzern etwas abzuringen. Die Ziegeleibesitzer pfeifen auf das „christlich-nationale" Gebue, und deshalb ist es ein Frevel am Arbeiterinteresse, solchen Gebilden nachzulaufen.

Die „christlich-nationale Lohnbewegung", die in diesem Sommer die halbe Welt mit Spektakel erfüllte, ist mithin jämmerlich zusammengebrochen. Selbst die lippischen Gewerkvereinsmeister haben die in ihrer eigenen Organisation aufgestellten Forderungen nicht durchgeführt. Der „mächtige Industrieverband", wie sich das Zentrums-Keramarbeiterverbändchen nannte, hat vollständig versagt, Worte Phrasen war alles, was er von sich gab. Ebenso klläglich kapitulierte auch der lippische Gewerkverein zusammen, als er seine Wichtigtuerei verwirklichen sollte. Obwohl er in seiner Generalversammlung beschlossen hatte, alle Ziegeleien mit Streik zu überziehen, in denen die gestellten Forderungen nicht bewilligt würden, so hat er doch nur in zwei Fällen von diesem Beschluß Gebrauch gemacht. Und zwar in Bielefeld in der Ziegelei Klarhorst, wo er als Beteiligter von uns zu diesem Schritt gezwungen wurde und in Türentrup, wo er den Streik nach zweitägiger Dauer aufhob, weil die vom Gesichen Kassenvermögen alle zu werden drohten, pardon — weil von 38 Mann 8 stehen blieben.

So ist denn die Kampagne verlaufen, ohne den Arbeitern wesentliche Erfolge zu bringen. Der niedergehende Goldregen wurde so ziemlich von den Unternehmern allein eingerafft; nur dort, wo starke Organisation vorhanden war, mußten sie notgedrungen den Arbeitern etwas davon abtreten. Die wirtschaftliche Macht der Unternehmer wurde dadurch abermals gestärkt, so daß den Arbeitern in Zukunft noch mehr Ausbeutung und Verhöhnung droht. Und es wird sicher nicht bei der Drohung bleiben, wenn die Ziegeleiarbeiter nicht endlich jeder Gleichgültigkeit, aber auch jeder Zersplitterung den Krieg erklären. Der kommende Winter muß allerorts dazu benutzt werden, die Ereignisse der diesjährigen Kampagne zu besprechen, um den Organisationsgeist zu wecken und zu stärken, um für die einheitliche Organisation im Verband der Fabrikarbeiter zu werben, damit uns im kommenden Frühjahr die Ziegeleiunternehmer mehr denn je gerüstet finden.

= Reingewinne der Schamotte- und Tonwarenindustrie.

Die uns vorliegenden Geschäftsergebnisse von 1911/12 der Schamotte- und Tonwarenindustrie lassen auch hier die günstige Geschäftslage erkennen. Es erzielten:

Firma	Reingewinn M	Verteilte Divid. %
Vereinigte Mosaikplattenwerke Friedland-Sinzig	8 965	—
Neustädter Mosaikplattenfabrik Neustadt a. H.	12 991	—
Schamotte- u. Klinkerfabrik Waldhausen	24 875	4
Schamotte- und Dinaswerke Erkrath	25 687	—
Düsseldorfer Tonwarenfabrik Reisholz	50 281	6
Duroplattenwerke Konstanz	38 000	5
Steingutfabrik Witteburg, A.-G., in Farge	55 918	?
Marienberger Mosaikplattenfabrik	65 192	6
Crosta-Adolfshütte bei Bautzen	70 172	4
Steingutfabrik Niederweiler	73 329	?
Velterner Ofenfabrik R. Blumenfeld	76 032	7
Vereinigte Servaiswerke Ehrang	86 310	4
Steingutfabrik Kolditz	95 744	6
M. Roesler, Steingutfabrik Rodach	159 708	10
Vereinigte Großalmeroder Tonwer'	192 942	11
Steingutfabrik Sörnewitz, Meißen	205 209	6⅓
Pfälz. Schamotte- und Tonwerke Grünstadt	207 591	7
Annawerk Oeslau bei Koburg	240 472	10
Ernst Teichert, G. m. b. H., Meißen	285 232	?
Sächs. Ofen- und Schamottewarenfabrik Meißen	324 940	15
Scheidhauer u. Giesing, Duisburg-Wanheimerort	330 498	17
Stellawerk Homberg a. Niederrhein	345 023	15
Rhein. Schamotte- u. Dinaswerke Köln a. Rh.	389 755	6
Meißener Ofen- u. Porzellanfabrik vorm. E. Teichert	435 798	12
Nordd. Steingutfabrik Grohn b. Vegesack	487 870	27½
Deutsche Steinzeugwarenfabrik Friedrichsfeld	490 375	16
Deutsche Ton- u. Steinzeugwerke Charlottenburg	859 714	10
Stettiner Schamottefabrik vorm. Didier	2 638 513	14

Die hier angeführten Zahlen bedeuten mit wenig Ausnahmen eine respektable Gewinnsteigerung gegenüber dem Vorjahre. So stieg z. B. der Reingewinn bei dem Rheinischen Schamotte- und Dinaswerke in Köln um über 69 Prozent und der Vereinigten Servaiswerke in Ehrang sogar um über 100 Prozent. Der Gewinnrückgang bei einzelnen Firmen ist in der Regel auf Erweiterung oder Verbesserung des Betriebes zurückzuführen.

= Die „notleidenden" Ziegeleibesitzer.

Gelegentlich der diesjährigen Lohnbewegungen in der Ziegelindustrie konnte man die bewegten Klagelieder über die schlechte Lage der Ziegeleibesitzer in allen Melodien hören. Ueberall, in den Unternehmerzeitungen und Unternehmerversammlungen wurden sie angestimmt, so daß man glauben konnte, die Ziegeleiherren hätten das Brot nicht über Nacht. Daß es ein falsches Lied war, das da gesungen wurde, haben wir zum Teil schon durch die Veröffentlichung der Gewinne der Aktienziegeleien nachgewiesen. Heute wollen wir nun wiederum beweisen, daß auch die übrigen Ziegeleibesitzer keine Ursache zum Klagen haben.

Die Arbeiter einiger Ziegeleien in Landsberg a. d. Warthe legten Anfang Juni dieses Jahres die Arbeit nieder, um eine geringe Aufbesserung ihrer Arbeitslöhne zu erreichen. Die Ziegeleibesitzer waren aber der Ansicht, daß ihr Geldsack keine Belastung mehr vertragen könne und lehnten jedes Entgegenkommen ab. Die drei Ziegeleibesitzer Albert Lehmann, Rob. Friedrich und Ernst Lehmann gingen sogar soweit und stellten gegen die Streikenden Schadenersatzklage, weil diese die vierzehntägige Kündigungsfrist nicht eingehalten hatten. Herr A. Lehmann verlangte von 24 Arbeitern die Summe von 1443 Mark, Herr R. Friedrich von 35 Arbeitern 1663 Mark und Herr E. Lehmann von 9 Arbeitern 547 Mark. Diese Summen setzen sich zusammen aus entgangenem Reingewinn, ungedeckten Generalunkosten, Gespannverlust und Kohlenverlust.

Den Reingewinn berechnen die Herren mit 2 Mark pro Tausend hergestellter Steine. Dieser Satz dürfte wohl etwas zu niedrig gegriffen sein, wahrscheinlich um die nötige Vorsicht nach außen zu wahren. Um so höher hat man aber die Generalunkosten berechnet, nämlich für Verzinsung und Tilgung des Anlagekapitals, Meisterlohn und Geschäftsunkosten 3 Mark pro Tausend. Ebenso liegt es beim Gespannverlust. Hier berechneten sich die Herren pro Tag und Gespann 12 Mark, die sie zur Hälfte als Verlust einsetzten. Für Kohlen zum Brennen der Steine berechneten sie pro Tausend 4 Mark, ein Satz, der jedenfalls nur in Landsberg erreicht wird. Aber selbst wenn die angegebenen Sätze richtig sind, erwächst den Herren ein ganz bedeutender Profit. Nebst der Verzinsung ihres Anlagekapitals, die sie jedenfalls nicht zu niedrig eingesetzt haben, ist es sehr wahrscheinlich, daß sie auch ein nettes Sümmchen für ihre Tätigkeit als „Geschäftsführer" einstreichen, das dann unter Geschäftsunkosten erscheint. Dann dürfen sie auch noch einigen Gewinn aus ihren Gespannen ziehen, und schließlich kommt der Reingewinn von 2 Mark pro Tausend.

Herr A. Lehmann produziert nach den Angaben in der Anklageschrift pro Woche 126 000 Steine, was für ihn einen wöchentlichen Reingewinn von 252 Mark bedeutet. Herr R. Friedrich hat eine wöchentliche Produktion von 204 000 Steinen, mithin einen wöchentlichen Reingewinn von 408 Mark, und Herr E. Lehmann, der wöchentlich 120 000 Steine produziert, streicht wöchentlich 240 Mark Reingewinn ein. Die drei Herren zusammen ernten mithin, außer dem oben angedeuteten Nebengewinn, wöchentlich 900 Mark Reingewinn. Eine Lohnerhöhung von 2 Mark pro Woche für die 68 Streikenden hätte eine wöchentliche Mehrausgabe von 136 Mark verursacht, so daß den Herren immer noch 764 Mark unverdienter Gewinn geblieben wäre. Sie hätten mithin bei Bewilligung der gestellten Forderungen noch nicht zu hungern brauchen, und den Arbeitern wäre eine Erleichterung der Lebenshaltung geworden. Dieses Bild ergibt, daß die Ziegeleibesitzer wohl in der Lage sind, die bescheidenen Forderungen der Ziegeleiarbeiter zu erfüllen. Das widerliche Geflenne der Herren dient nur zur Irreführung der Arbeiter.

Verschiedene Industrien

Kapital und Arbeit in der Kaliindustrie.

I.

In Rücksicht auf die steigende Bedeutung der Kaliindustrie und der steten Erweiterung der Werke durch chemische Fabriken soll hier das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit in der Kaliindustrie einmal einer kurzen Betrachtung unterzogen werden. Dabei wollen wir uns in der Hauptsache auf die letzten Jahre beschränken.

Im Jahre 1894, einer Zeit, wo bereits der große Aufschwung der Kaliindustrie im Gange war, machte die preußische Regierung den Versuch der Verstaatlichung der Kaliwerke; er scheiterte an der damaligen Volksvertretung. Die privatkapitalistische Ausbeutung ging immer weiter, immer neue gewaltige Kapitalien wurden in dieser Industrie angelegt; die fabelhaft hohen Gewinne, selbst der neueren Werke, war besonders anreizend dazu. Gesetzgeberische Maßnahmen (1893 Vorbehalt der noch nicht verliehenen Lager für den Fiskus, 1905 Lex Gamp, die die Mutungsfähigkeit steigerte) förderten die Neuanlagen noch erheblich; nach und nach stieg die Zahl der fördernden Werke derartig, daß man erbittere Konkurrenzkämpfe ausfochten wurden. Dem schon bestehenden Syndikat war es nicht gelungen, alle Werke anzugliedern. Jedoch gelang es dem Syndikat, die Preise so hoch zu treiben, daß immer neue Werke, in Rücksicht auf die hohen Gewinne, gegründet wurden. Aber die steigende Zahl der Betriebe einerseits, der Verbrauchsrückgang infolge der hohen Preise andrerseits hatten zur Folge, daß die Werke zwar hohe Preise erhielten, aber nicht voll beschäftigt waren, also ihre Anlagen nicht vorteilhaft ausnutzen konnten. Daran brach schließlich das Syndikat zusammen und einige große, leistungsfähige Werke wie Aschersleben und Sollstedt, die der Schmidtmanngruppe angehören und viel mit amerikanischem Kapital arbeiten, verkauften nun den Waggon Kainit für 89 Mk. nach Amerika, während die inländischen Verbraucher noch 136 Mk. zahlen mußten. Und zwar wurden Verträge abgeschlossen, die es gestatteten, die volle Leistungsfähigkeit des Betriebes auszunutzen, aber auch auf mehrere Jahre hinaus den gesamten Kalibedarf Amerikas gedeckt haben würden.

Diese Vorgänge führten dann zur Schaffung des Kaligesetzes, das am 25. Mai 1910 in Kraft trat. Die vorgesehene Zeit von 20 Jahren soll — so glaubt wenigstens die Regierung — ausreichend sein zur inneren Festigung der Verhältnisse der Kaliindustrie, die dann schließlich durch eigene innere Kraft zusammengehalten werde. Die im Kaligesetz vorgesehene Regelung des Absatzes in der Produktion ist jedoch geradezu unsinnig, solange nicht die Produktion nach einem einheitlichen Plan geregelt wird. Heute wird die Produktion, dem Umfange nach wenigstens, von der sogenannten Verteilungsstelle geregelt. Im Jahre 1912 sind bereits drei Neueinteilungen erfolgt. Am 1. Juli durch die Katastrophe von Jessenitz, am 1. August und am 1. September durch Zuweisung von Quoten an neue Werke. Dabei beträgt die kleinste 3,44 Tausendstel. Diese ist bisher 7 Werken zugeteilt. Die Zahl der Werke mit Beteiligungen beträgt momentan 103. Wer weiß, wie viele noch in nächster Zeit hinzukommen.

Von den beabsichtigten Wirkungen des Gesetzes ist nur eine unzweifelhaft eingetreten: Die Hochhaltung der Preise. Außerdem hat die bloße Schaffung des Kaligesetzes ein reines Geschenk an die bestehenden Werke, das nach Millionen zählt, geschaffen, weil doch die erhöhte Rentabilität im Kapitalwert der Kuxe sowie Anteilscheine zum Ausdruck kommt. Nachstehend die Wertsteigerung, die verschiedene Kuxe infolge des neuen Gesetzes erfuhren:

	Kursstand am 31. März 1910	31. Dezember 1910
Wintershall (Heringen)	16 200	23 500
Alexandershall (Werra)	10 800	12 400
Heiligenroda (S.-Eisenach)	5 700	8 600
Hugo	4 700	7 700
Neu-Sollstedt	600	2 400
Hannover	400	1 700
Heimboldhausen	200	825
Karlsglück	100	600

Es ließen sich noch viele anführen, aber vorstehende Beispiele genügen; es zeigt sich, daß nicht nur die größten, sondern auch mittlere und kleine Werke profitieren. Und jetzt, wo die Endlaugenfrage, die für die Karnallitwerke eine reine Lebensfrage ist, im Vordergrunde steht, werden natürlich die Kuxe solcher Werke, die eine gute Endlaugenkonzession haben, besonders begehrt. Eine weitere Absicht des Kaligesetzes war: „Vermeidung der Ueberproduktion." Wie es heute mit der zweckmäßigen Regelung der Produktion aussieht, sagt uns folgende Stelle im Bericht des Werkes Aschersleben:

„Selbst wenn man berücksichtigt, daß der Absatz des Jahres 1911 um rund 800 000 Doppelzentner reines Kali gegen 1910 gestiegen ist und man auch für die Zukunft mit einer weiteren Absatzsteigerung rechnet, so würden doch auf absehbare Zeit zirka 10 leistungsfähige Doppelwerke, also ca. 30 Schachtanlagen, leicht genügen, um den gesamten Kalibedarf der Welt zu decken. Anstatt dessen besitzen wir heute mehr als das Dreifache an Schächten in der Kaliindustrie, für deren Anlage über eine Milliarde Mark aufgewendet sein dürfte, während derselbe Erfolg mit einem Aufwande von vielleicht der Hälfte dieser Summe hätte erreicht werden können."

Dessen ungeachtet baut man aber immer weiter darauf los, vergeudet Millionen. Der Kampf um die Quote setzt ein. Die älteren Werke sind — da ja die Verteilungsstelle jetzt entgegengesetzt ihrer früheren Anschauung die Höhe der Beteiligung nach der Zahl der förderungsfähigen Schächte bemißt — gezwungen, neue Schachtanlagen zu bauen, um ihre Quote möglichst wenig herabgesetzt zu bekommen. Kosten: Millionen, Inbetriebnahme: voraussichtlich gar nicht, da ja gewöhnlich die alte Anlage nicht voll beschäftigt ist. Also die reine Vergeudung von Nationalvermögen. Für die Kapitalisten winken allerdings hohe Gewinne. Wie hoch die Werke rentieren, dafür einige Beispiele. Es erzielten Reingewinne:

	1910	1911
Aschersleben	3 531 607 Mk.	2 523 491 Mk.
Rothenberg	1 682 503 „	2 023 277 „
Wenceslaus	1 378 805 „	1 871 876 „
Günthershall	1 140 571 „	1 004 563 „
Alexandershall . . .	1 605 892 „	1 335 033 „
Wintershall	1 515 935 „	1 378 797 „
Burbach	1 480 262 „	1 873 216 „
Großherzog v. Sachsen	1 034 520 „	1 226 697 „
Wilhelmshall . . .	1 185 388 „	1 283 439 „

Das sind gewiß ansehnliche Gewinne, Gewinne, die eben immer mehr Anreiz für das Kapital bilden. Interessant ist der detaillierte Geschäftsbericht der Gewerkschaft „Glückauf"-Sondershausen. Es heißt darin über die Gewinnverteilung: Nach dem Geschäftsbericht für 1911 belief sich der Betriebsgewinn auf 1 958 333 Mk. (1 640 853 Mk.). Hiervon wurden verwendet für Ausbeute 1 600 000 Mk. (i. V. 800 000 Mk.), Abgabe an den Staat 157 500 Mk. (126 000 Mk.), Tantieme an den Grubenvorstand 50000 Mk. (40000 Mk.), Abschreibungen 790 702 Mk. (304 860 Mk.), gemeinnützige Zwecke 10 000 Mk. (10 000 Mk.) und Arbeiterunterstützungsfonds 3000 Mk. (3000 Mark. (Von diesem Bericht in einem zweiten Artikel mehr.)

Vorstehend genannte Werke haben sämtlich sogenannte Aufbereitungsanstalten. Chlorkalium-, Chlorbarium-, Sulfat-, Brom- oder Bittersalzfabrikation; gewöhnlich werden mehrere Fabrikate zugleich hergestellt. Wir sehen, wie die chemische Industrie im allgemeinen so auch in der Kaliindustrie im besonderen „Goldgrube der Unternehmer" ist. Nimmt man die 20 bedeutendsten und lieferungsfähigsten Werke zusammen, so steigerten diese ihren Reingewinn im Jahre 1911 um 825 238 Mk., auf 22 664 513 Mk. Aber das Steigen des Goldstromes hält weiter an, denn gegen das erste Vierteljahr 1911 erzielten im ersten Vierteljahr 1912 14 Kaliwerke allein 1647500 Mk. Mehrüberschuß. Auch hier haben die Werke mit chemischen Fabrikaten glänzend verdient, und sie werden weiter glänzend verdienen. Daß man die Festsetzung der Preise in die Hände des Bundesrats gelegt, ändert daran nichts; auch nicht, daß bei einer Preiserhöhung die Zustimmung des Reichstages erforderlich ist. Auf wen stützt sich der Bundesrat in dieser Angelegenheit? Auf die Sachverständigen. Und das sind meist Vertreter der Werksbesitzer. Eine Krähe wird der andern schon kein Auge aushacken.

Die Kaliwerksbesitzer können und brauchen sich wahrlich nicht zu beklagen. Sie verstehen ausgezeichnet, ihr Schäfchen ins trockne zu bringen. Vielleicht sind auch sie gehört worden „da oben", wo man bis jetzt immer für Unternehmer ein williges Ohr gehabt, und nicht zuletzt, wenn es galt, den Profit zu sichern gegen das Vorgehen der „nimmersatten und begehrlichen Arbeiter".

Eingegangene Schriften.

Die hygienischen Zustände in den Vergolderbetrieben. Nach einer statistischen Erhebung der Zentralkommission der Vergolder, bearbeitet und herausgegeben vom Vorstand des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, Berlin 1912, Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, G. m. b. H., Preis 60 Pf.